

b unabhängige **auernstimme**



Energiewende – mit den Bauern und in Maßen

Foto: Schivelbein

Schwerpunkt

Die Energiewende muss sein und sie muss mit den Bauern und Bäuerinnen sein, dezentral, umwelt- und sozialverträglich. Bestandsaufnahmen und wie sie gelingen kann, dazu der Kommentar auf **Seite 2** und der Schwerpunkt auf den **Seiten 12-14**.

Agrarpolitik

Arbeit gibt es mehr als genug auf Bauernhöfen, aber anerkannt wird sie meist zu wenig. Das gilt für die agrarpolitischen Entwicklungen in Ostdeutschland ebenso wie für die EU-Agrarpolitik. Reformbedarf dringend nötig! Texte dazu auf den **Seiten 3 und 4**.

Markt

Die Warenströme bestimmen die Strukturen, Ob bei Eiern, Biolebensmitteln oder Gülle. Immer größer, immer mehr, immer schneller ist nicht das Ziel. Es gilt die richtigen Bahnen und das richtige Maß zu finden. Dazu die **Seiten 7, 10 und 11**.

Die Seite 3

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen...“ 3

Agrarpolitik

Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen..... 4

Gülle-Freibriefe für Agrarfabriken 7

Bewegung

Bauern demonstrieren in Kiel..... 5

Schwäbisch-badische Agrarreform 8

Der Soja-Hype 18

Milch

Milchproduktion, Kartellrecht und Botulismus..... 6

Markt

Gegen Agrarindustrie-Bio..... 10

Ostern ohne Eier 11

Schwerpunkt

Gemeinsame, gemäßigte, gesteuerte, grüne Energie 12

„Auch ganz viel Gefühl“ 13

Graffiti-Scharmützel hinterm Gärbehälter 13

Wer gewinnt den Kampf ums Land?..... 14

Nachbau

Der Nachbau der Anderen..... 15

Tierhaltung

Imkerlich gut beraten 16

Gentechnik

Gv-Zulassung: EU macht Druck..... 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Gertraud Gafus und Johanna Böse-Hartje, Seite 9; Landleben, Seite 19; Hofportrait von Moritz Schäfer, Seite 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Ein Jahr nach Fukushima und Atomausstiegbeschluss organisieren die großen Stromkonzerne den Widerstand gegen die Energiewende. Die Vergütungssätze des EEG sind nur wenige Wochen nach Jahresbeginn bereits Makulatur. Die politische Hektik, vom Wirtschaftsministerium entfacht, soll gezielt Vertrauen zerstören und Investoren davor abschrecken, in erneuerbare Energien zu investieren. Dabei sind in den vergangenen Monaten weder die Preise an der Strombörse gestiegen, noch hat das Abschalten der gefährlichsten Atomkraftwerke zu den angekündigten Stromausfällen im Winter oder größeren Stromimporten aus Atommeiler-Ländern geführt. Und die Mehrkosten für die Verbraucher über die sogenannte EEG-Umlage sind auch überschaubar.

Ich gebe zu: Die Alternativen zu Großkraftwerken haben auch nicht immer ein schönes Gesicht. Neue Stromtrassen und 200 m hohe Windanlagen und der geplante Zubau auch in Waldgebieten erzeugen Widerstände. Diese Maßnahmen sind aber notwendig, wenn man die Energiewende ernst meint.

Um die notwendige Akzeptanz bei der Bevölkerung für die regenerativen Energien zu erhalten, aber auch um Fehlentwicklungen zu stoppen, brauchen wir klare Grenzen und Leitplanken für die Entwicklung von Wind, Solar und Biomasse. Solarpaneele gehören nicht auf Ackerland, Windräder nicht in wertvolle Waldschutzgebiete. Überdimensionierte Biogasanlagen, monotone Fruchtfolgen, regionale Vermaisung

Kommentar

Das richtige Maß finden



müssen ein Ende haben. Es besteht also durchaus Regelungsbedarf beim EEG.

Beim Biogas gibt es aber auch ein Mengen- (Flächenverbrauch) und ein Strukturproblem. Die hohen Biogas-Vergütungssätze führen zu gewaltigen regionalen Verwerfungen am Pachtmarkt.

Und immer mehr außerlandwirtschaftliche Investoren sind in das profitable Geschäft der Biogaserzeugung eingestiegen, ohne regionale Rücksichtnahme. Die Folge: Wertschöpfung wandert aus den ländlichen Räumen zu den Aktionären, die Probleme aber bleiben auf dem Land.

Zum Biosprit: Der Ansatz, aus Pflanzen großindustriell Biosprit für PKWs herzustellen, ist ein Irrweg und behindert den notwendigen Umstieg auf E-Autos. Fragwürdige Biospritpfade wie die Herstellung von Biodiesel aus Palmöl sind zudem klimaschädlich, die erzeugbaren Mengen national wie weltweit eng begrenzt. Mit dem vorhandenen Biodiesel und Methan sollten in Deutschland eher Trecker und LKWs bewegt werden, nicht aber eine Flotte von 43 Millionen PKWs.

Wir sollten uns da nichts vormachen: Je mehr Biomasse bei uns angebaut wird, umso mehr wird der Agrarhandel Lebensmittel und Futtermittel auf den Weltmärkten zukaufen. Die weltweite Ackerfläche aber ist begrenzt, die besten Böden längst bewirtschaftet. Die Umwandlung von Urwäldern (und Grünland) in Acker, wie es derzeit in Südamerika und Indonesien geschieht, treibt den Klimawandel an, egal ob mit oder ohne Nachhaltigkeitszertifikat.

Bei der Waldnutzung sieht es ähnlich aus: Der Holzverbrauch hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt, die energetische Nutzung verfünffacht. Auch hier sind die Grenzen des Wachstums erreicht. Vattenfall und andere planen dennoch, (importiertes) Holz in Großkraftwerken zu verfeuern. So fährt man die Energiewende gezielt vor die Wand.

Die vergangenen Jahre zeigen: Je mehr Biogas und Biosprit von bäuerlicher regionaler Hand in die Hand von Großinvestoren und global agierenden Unternehmen gelangt ist, umso problematischer zeigen sich diese Verwertungswege. Eine aktuelle Studie stellt fest: Das globale Phänomen des Landgrabbing geht zum Großteil auf das Konto von Firmen, die Biospritpflanzen anbauen.

Wir brauchen die Energiewende, weg von Atom und dreckigem Kohlestrom, dringender denn je, wenn wir diese Erde für nachfolgende Generationen lebenswert erhalten wollen. Die Bauern im ländlichen Raum sind für die Energiewende wichtig. Sie sollten sich nicht zu Rohstofflieferanten degradieren lassen, sondern ihre Chancen nutzen. Wichtig dabei ist, das richtige Maß zu halten und auf vernünftige überschaubare regionale Konzepte unter Einbeziehung der Menschen vor Ort zu setzen.

Martin Hofstetter,

Landwirtschaftsexperte bei Greenpeace

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen..“

Wird im Osten Deutschlands die DDR-Agrarpolitik fortgesetzt?

Auf dem Lande gibt es die deutsche Einheit noch nicht. Der Blick in die Statistiken ist erschreckend: Die durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe beträgt im Osten (197,2 ha) mehr als das Fünffache von der im Westen (35,4 ha). Der Flächenanteil von landwirtschaftlichen Betrieben mit einer Betriebsgröße von über 500 ha an der Gesamttagarfläche beträgt in Schleswig-Holstein 6,5 Prozent, in Niedersachsen 3,3 Prozent, in Nordrhein-Westfalen 1,4 Prozent und in allen anderen westdeutschen Bundesländern unter 1 Prozent. In den ostdeutschen Bundesländern halten die Betriebe von über 500 ha einen Anteil von ca. 70 Prozent. Was aber noch erschreckender ist: Seit 1992 die flächenbezogenen Agrarsubventionen eingeführt wurden, ist im Osten die Flächenverteilung so gut wie eingefroren. Das heißt, die allmähliche Angleichung der Agrarstrukturen im vereinigten Deutschland geschieht seither nur in der Weise, dass sich der Westen an den Osten annähert...

Verstärkt Schiefelage

Die einzige nennenswerte Land-Bewegung, die in den letzten 20 Jahren im Osten stattfand und -findet, resultiert aus der Flächenvergabe der Treuhand-Nachfolgerin BVVG (Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH). Hierbei handelt es sich um Flächen, die im Zusammenhang mit der „Bodenreform“ von 1945 enteignet und in Staatseigentum überführt wurden. Und diese BVVG-Flächenvergabe läuft komplett auf eine Begünstigung derjenigen Agrarstrukturen hinaus, die dem Leitbild der SED entsprechen. Die über 500 ha großen Betriebe sind auch in Ostdeutschland in der Minderheit. Es sind nur 11,3 Prozent. Das heißt: 11,3 Prozent der Betriebe bewirtschaften ca. 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Eine Aufstellung der BVVG-Pächter, die zum Direkterwerb berechtigt sind bzw. waren, zeigt, dass über 72 Prozent der Betriebe, die von der BVVG Pachtverträge bekommen haben, zu jener nur 11,3 Prozent umfassenden Gruppe der Betriebe mit über 500 ha gehören. Die ohnehin schon vorhandene Schiefelage wurde also durch die BVVG-Flächenvergabepolitik noch schiefer. Wenn man nun noch wüsste, wie viel Fläche diese Betriebe von der BVVG gepachtet haben, würde das Bild vermutlich noch drastischer ausfallen.

Potenzierung des Unrechts

In den BVVG-Privatisierungsgrundsätzen steht: „Die Bundesregierung ... unterstützt ... mit ihrer Privatisierungspo-

litik den berechtigten Wunsch der landwirtschaftlichen Betriebe, sich durch Flächenankäufe die Existenzgrundlage ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit dauerhaft zu sichern.“ Wie kann es sein, dass eine staatliche Unterstützung der Sicherung einer dauerhaften Existenzgrundlage zu fast drei Viertel jenen Betrieben gewährt wird, die bereits zu den 11,3 Prozent der flächenstärksten Betriebe zählen – und nach dieser Logik eine solche Stützung weitaus weniger nötig haben, als die 88,7 Prozent jener Betriebe, die weniger als 500 ha zur Verfügung haben? Mit der von der BVVG umgesetzten Flächenvergabepolitik verbindet sich die Erblast Bodenreform mit der Erblast Kollektivierung zu einer gegenseitigen Potenzierung des Unrechts, die zu einer Perversion der Agrarstruktur führt. Was die DDR noch nicht zu Ende gebracht hatte, wird nun vollendet: Die 1945 von den Gutsbesitzern enteigneten Flächen werden heute dafür verwendet, um die Begünstigten der Kollektivierung mit riesigen Eigentumsflächen auszustatten. Die im Ergebnis der kommunistischen

fache übertrifft.

Eine Obergrenze für die flächenbezogenen Agrarsubventionen würde zur „Benachteiligung der gewachsenen Agrarstrukturen“ in den ostdeutschen Bundesländern führen. Mit diesen Worten verteidigte der sächsische Landwirtschaftsminister Frank Kupfer die Sonderposition von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bei der Agrarministerkonferenz vom 28. Oktober 2011.

Auslöschung freier Bauern

„Gewachsen“ sind die Besonderheiten der ostdeutschen Agrarstrukturen ganz und gar nicht. Sie verdanken sich der blanken Gewalt und der flächendeckenden Zwangsmaßnahmen einer menschenverachtenden Diktatur. Die Bodenreform (1945/46), die Kollektivierung (1952-60) und die Industrialisierung (1970er Jahre) waren drei Teile desselben Plans und sie dienten einem zentralen Ziel der kommunistischen Ideologie: der kompletten Auslöschung des Berufsstandes der freien Bauern. Und eine „Benachteiligung“ derer, die

schaftlichen, sozialen und kulturellen Verarmung der Dörfer sowie zu einer beispiellosen Einebnung der bäuerlichen Kulturlandschaften geführt hat.

Verlust von Demokratie

Wenn wir es bis heute in Ostdeutschland mit ländlichen Räumen zu tun haben, deren Attraktivität durch Großflächenlandwirtschaft und Agrarindustrie nachhaltig beeinträchtigt ist, dann liegt das nicht allein an der kommunistischen Vorgeschichte. Dass sich die inzwischen über 20jährige Nachwende-Agrargeschichte Ostdeutschlands im Wesentlichen einer gezielten Manipulation im Sinne einer von der SED-Diktatur begünstigten Minderheit verdankt, zeigt Agrarexperte Jörg Gerke in seiner aktuell von der AbL herausgegebenen Schrift „Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990“ sehr anschaulich. Es mag nur die Spitze des Eisbergs sein, was er hier dokumentiert. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen...“. Jörg Gerke folgt dieser biblischen Weisheit und bewertet die ostdeutschen Agrarpolitiker nicht anhand ihrer Beteuerungen, sondern anhand der Ergebnisse ihres Tuns. Mehr und mehr zeichnet sich ab, dass hier der gefährliche Trend einer schleichenden Umwandlung unserer freiheitlichen Demokratie in eine plutokratische Oligarchie begonnen hat, die nur noch die Einzelinteressen einer vermögenden Minderheit verfolgt. Während sich alle öffentliche Aufmerksamkeit auf rechts- und linksextremistische Aktivitäten richtet, wird weitgehend übersehen, dass sich aktuell noch eine ganz andere und wohl gefährlichere Entwicklung abspielt: Die Ernährung der Gesamtbevölkerung wird in die Verfügungsgewalt einer privilegierten Minderheit übergeben. Künftige Regierungen werden auf Gedeih und Verderb von dieser Gruppe abhängig sein. Sind es nicht rechtsstaatswidrige und verfassungsfeindliche Aktivitäten, wenn durch heutiges Regierungshandeln künftige Regierungen erpressbar gemacht werden?

Gerkes Dokumentation ist mehr als nur eine Betrachtung zu einem Teilgebiet ostdeutscher Politik. Im Kern geht es um die Frage, wie unser Staatswesen mit jenem Gut umgeht, das seit jeher die grundlegende Basis jeglicher gesellschaftlicher Entwicklung ist: mit dem Boden. Dies ist ein vernachlässigtes Thema, aber dennoch eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit.

Michael Beleites,
DDR-Bürgerrechtler

Näheres zur Broschüre: *Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990* auf Seite 22.



Boden – grundlegende Basis jeder gesellschaftlicher Entwicklung

Foto: Mühlhausen

Klassenkampf-Politik entstandenen agrarindustriellen Komplexe wurden nach 1989 von Christdemokraten und Sozialdemokraten – unter dem Beifall der Kommunisten und Sozialisten – in das Privateigentum einer Minderheit überführt, die bei der Landbevölkerung als die „Roten Barone“ bezeichnet wird. Diese haben nun einen Großgrundbesitz, der den jener Gutsbesitzer und „Junker“, die von den Kommunisten als zu groß befunden und enteignet wurden, etwa um das Zwanzig-

von diesen Verbrechen profitierten und profitieren, hat es auch seit der 1989er Revolution nicht gegeben. Im Gegenteil. Die Begünstigten der SED-Agrarpolitik wurden in den letzten zwanzig Jahren weiter begünstigt – und die von den Kommunisten Geschädigten wurden weiter systematisch benachteiligt. Doch es geht dabei nicht nur um bestimmte Personengruppen: Es geht um die Befestigung der Dominanz einer agrarindustriellen Monostruktur, die im Osten Deutschlands zu einer wirt-

Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen

Wenn das mal so einfach wäre – AbL macht Vorschläge

Greeningkritik

Die klassische Agrarlobby wird nicht müde, die Greeningmaßnahmen innerhalb der Reformvorschläge zur EU-Agrarreform zu geißeln. Besonders die Ausweisung der 7 % ökologischer Vorrangflächen bleibt in der Kritik. Der Bauernverband bleibt bei seiner Haltung, es handle sich um Stilllegung, die in Zeiten wachsender Weltbevölkerung „unzeitgemäß“ sei und die man sich nicht leisten könne. Der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium

Robert Kloos will die Agrarumweltmaßnahmen mit im Greening angerechnet sehen. Niedersachsens Landwirtschaftsminister Gerd Lindemann (CDU) möchte gerne Länder mit mehr als 50 % Grünland ganz aus der Verpflichtung, ökologische Vorrangflächen ausweisen zu müssen, herausnehmen. Und grundsätzlich kritisieren alle Kritiker immer das Mehr an Bürokratie und Kosten. Zudem will das Bundeslandwirtschaftsministerium die Mittel kürzen, die Deutschland an die EU leistet. EU-Agrar-Kommissar Dacian Cioloș kann man angesichts all dieser Widerstände eine gewisse Genervtheit wohl nicht absprechen, wenn er die kritisierenden EU-Agrarminister davor warnt, das Greening abzulehnen, indem man Missfallen über ein vermeintliches Mehr an Bürokratie vorschlebe. **cs**

Die Direktzahlungen sind aktuell das gewichtigste Instrument der Agrarpolitik. Eingeführt wurden sie 1993. In Deutschland werden aktuell ca. 5,4 Milliarden Euro vergeben. Bei ihrer Einführung lösten sie die vormals produktbezogenen Förderungen ab. Agrarpolitisch wurden sie zu einem Instrument der Rationalisierung und ermöglichten gemeinsam mit Exportsubventionen eine europäische Ausrichtung auf eine Exportwirtschaft und eine Produktion für den Weltmarkt. In dieser Ausrichtung spiegelt sich der politische Wille zu niedrigen Lebensmittelpreisen auch innerhalb der EU wieder. Die Zahlungen subventionieren damit weniger die Landwirtschaft als vielmehr die Verbraucher, denen auf diese Weise günstige Lebensmittel angeboten werden können.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hat die Ziele und Auswirkungen des Direktzahlungssystems von Anfang an kritisiert. Im Nachhinein bestätigt sich, dass die Kritik berechtigt war, denn die sinkenden Erzeugerpreise führten keineswegs zu einer extensiveren Bewirtschaftung und einem geringeren Einsatz von Stickstoffdüngern und Pestiziden. Auch zeigte sich, dass vor allem die Betriebe profitierten, die schon in der Vergangenheit hohe Gewinne machten. Die Direktzahlungen unterstützen den Strukturwandel hin zu immer größeren, spezialisierteren Betrieben. Bereits 1997 entwickelte die AbL vor diesem Hintergrund eine Forderung, die zum Kern hatte, Betrieben die flächengebundenen Direktzahlungen bis 30.000 D-Mark zu lassen, bei Zahlungen darüber hinaus aber gestuft schärfer werdende Kürzungen zu fordern. Wie auch die Ausformung der Direktzahlungen sich über die Jahre schrittweise veränderte, so wurde auch die Forderung der AbL über die Jahre weiter verfeinert und ausgebaut. Die rege Diskussion innerhalb der AbL hat dazu geführt, dass es derzeit zwei Modelle zu einer zukünftig gerechteren Verteilung der Direktzahlungen

gibt.

Beiden zugrunde liegt die Analyse, dass Landwirtschaft nicht nur Produzent möglichst günstiger Rohstoffe sein darf, sondern qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugen muss und weitreichende Aufgaben im Bezug auf den Schutz der Bodenfruchtbarkeit, das Klima und die Artenvielfalt hat. Wichtige Detailforderungen sind eine Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energien in Form mineralischer Dünger durch den gezielten Anbau von Leguminosen und der Erhalt gesellschaftlich akzeptierter, mensch-, tier- und umweltgerechter Strukturen. Nur der Erhalt klein- und mittelständischer Landwirtschaftsbetriebe mit ihrer Nachfrage bei Handwerk und Handel können den ländlichen Raum als Wohn-, Arbeits- und Lebensraum erhalten.

Bindung an die Fläche

Aus der vor 15 Jahren entwickelten Forderung ist inzwischen ein detailliertes Modell geworden. Es sieht einen Aufschlag auf die Basisprämie der ersten 20 ha vor. Ab einer Prämie von 60.000 Euro erfolgen Kürzungen (siehe Beilage). Auf Antrag sollen die Betriebe die Möglichkeit erhalten, bis zu max. 50 Prozent, jedoch nur die tatsächliche prozentuale Kürzung (20 bzw. 40 Prozent), ihrer Lohnkosten sozialversicherungspflichtiger angestellter Mitarbeiter in Anrechnung zu bringen. Bei Betrieben mit weniger als 60.000 Euro Direktzahlungen, im Jahr 2010 waren das 95 Prozent der Betriebe, soll der Faktor Arbeit ebenfalls mit in die Kalkulation einfließen. Pro voller kalkulatorischer Arbeitskraft sollen 20.000 Euro, also die Hälfte der für einen Betriebsleiter bzw. eine Familienarbeitskraft anzusetzenden Lohnkosten, für die Basisprämie anrechenbar sein. Das heißt: Nur wenn entsprechend viel „kalkulatorische Arbeit“ nachgewiesen werden kann, kommt es zur Auszahlung der vollen Prämie. Damit ein fließender Übergang zwischen Betrieben mit Zahlungen unter und über 60.000 Euro gewährleistet ist, sollen zukünftig alle Betriebe bis zu dieser Grenze ihren kalkulatorischen Arbeitskräftebedarf (max. drei volle Arbeitskräfte) nachweisen müssen. Darüber hinaus gehende Zahlungen unterliegen der Staffelung mit prozentualer Kürzung und entsprechender Anrechenbarkeit der tatsächlich sozialversicherten Arbeitskräfte.

Arbeitskräfte als Grundlage

In dem nun über Jahre in der AbL stattfindenden Diskussionsprozess entwickelte der bayerische Landesverband eine eigene Richtung, die die Arbeit zur Grundlage jeglicher Zahlungen macht. Die Überlegungen zur Neuausrichtung der Berufsgenossenschaftsbeiträge anhand der betriebsspezifisch geleisteten Arbeit ist Pate dieses Modells. Es

kehrt sich grundsätzlich von der bisherigen Bindung der Zahlungen pro Fläche ab und legt stattdessen die im Betrieb zu leistende Arbeit als Berechnungsmaßstab zu Grunde. Hintergrund ist die Annahme, dass „natürliche und strukturelle Benachteiligungen eines Betriebes, sowie gewünschte Leistungen für Natur-, Tier- und Umweltschutz“ einen höheren Arbeitsaufwand erfordern. Die Berechnung erfolgt analog zu den Berechnungen der Berufsgenossenschaftsbeiträge. Ausgegangen wird von einem Zehn-Stunden-Arbeitstag, der mit 60 Euro gefördert werden soll. Dieser Betrag ergibt sich aus der zur Verfügung stehenden Summe an Fördermitteln (5,4 Mrd Euro) dividiert durch die jährlich veranschlagten Arbeitstage (90 Mio.). Als Datengrundlage sollen die Angaben des Mehrfachantrags dienen. Bei der Ermittlung des Arbeitsanfalls spielt die Betriebsgröße, ob Familien-, Fremd- oder Maschinenringarbeit geleistet wird keine Rolle. Zusätzlich könnten durch Degressionsfaktoren die bei der Bewirtschaftung von Grünland, Steillagen, kleinen Feldern und nachbarschaftsverträglichen Tierbeständen anfallende Mehrarbeiten vergütet werden.

In der konkreten Umsetzung fordert die AbL-Bayern ein 30/70 Modell, in dem 30 Prozent der Zahlungen über die Fläche und 70 Prozent über die Arbeit berechnet werden. Dieser Kompromiss wird eingegangen, da eine reine Ausrichtung an der Arbeitszeit für „große Ackerbaubetriebe einen zu großen Umbruch bedeuten“ würde. Dabei sieht das Modell vor, dass die 30 Prozent an Fläche gebundene Zahlung in Höhe von 100 Euro pro Hektar ein Ausgleich für ökologische Leistungen, wie eine dreigliedrige Fruchtfolge, ein Umbruchsverbot und für ökologische Schwerpunktflächen sein sollen.

Unterschiedliche Schwerpunkte

Die beiden Modelle haben unterschiedliche Ansätze. Das eine geht von einer Bindung an Fläche, das andere von einer Bindung an Arbeit aus. Dennoch ist in beide Modelle sowohl der Faktor Arbeit als auch der Faktor Fläche in Teilbereichen als Korrektiv eingeflossen. Der zentrale Unterschied ist, dass das Modell 30/70 zum Ansatz hat, direkt Gelder umzuverteilen. Damit sollen vor allem kleinere, viehhaltende Betriebe begünstigt werden. Im Gegensatz dazu strebt das Bundesmodell vor allem bei großen Betrieben Kürzungen an, um durch Rationalisierung entstehende Wettbewerbsverzerrungen aufzuheben. Eingesparte Gelder sollen „in dem Land bzw. Bundesland, in dem sie anfallen den Betrieben für qualifizierte Maßnahmen der zweiten Säule vorrangig zur Verfügung“ gestellt werden. **mn**



Vor allem tierhaltende Betriebe haben einen hohen Arbeitsaufwand. Foto: Menzler / BLE

Bauern demonstrieren in Kiel

Gemeinsam für eine neue, faire Agrarpolitik in Schleswig-Holstein

Mild war es und der Beginn der Aussaatzeit: Umso eindrucksvoller wirkten die 20 Trecker, die als Delegation aus verschiedenen Regionen Schleswig-Holsteins am Landtag in Kiel vorfuhren. Empfangen wurden sie mit großem Applaus und bunter Vielfalt: AbL Fahnen wehten im Küstenwind neben BDM Bannern, Ökoverbandslogos, handgemalten Protestäußerungen, Botschaften von Umwelt- und Tierschutzorganisationen sowie Postern von Brot für die Welt. Mitten in der Woche, Mitte März,

mit einen Wettbewerbsnachteil verschafft.

Gemeinsam mutig

„Zugegeben, es ist nicht immer einfach, mit so unterschiedlichen Partnern zusammenzuarbeiten“, stellte Kirsten Wosnitza vom BDM Landesteam fest. „Gemeinsam ist uns aber der Einsatz für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik hin zur konsequenten Unterstützung bäuerlicher Landwirtschaft. Wir Landwirte wollen uns nicht weiter in die industrielle Richtung treiben lassen – und ma-

Kurzes am Rande

Keine Freisetzungsversuche mit gv-Impfstoffen

Auf einem Gestüt in Grabow (Mecklenburg-Vorpommern) sind Freisetzungsvorhaben mit genmanipulierten bakteriellen Lebendimpfstoffen gegen eine eitrige Lungenentzündung auslösende Pferdekrankheit beantragt worden. Antragsteller ist Intervet International B.V. mit Sitz in den Niederlanden. Das ist die Tierarzneisparte von MSD, die wiederum Teil des Pharmakonzerns Merck & Co. ist. Innerhalb der Freisetzungszeit von 2012 bis 2014 sollen pro Jahr 60 Fohlen mehrere Male mit dem genmanipulierten Impfstoff geimpft werden, entsprechend werden 60 Vergleichstiere pro Jahr mit einem Placebo behandelt. Mit diesem Tierversuch sollen die vorhandenen Labordaten unter praktischen Bedingungen getestet werden. Ziel der Studie ist die Zulassung des Impfstoffs, der später unter dem Namen Equilis RodE verkauft werden soll. Der BUND, das Umweltinstitut München und eine Bürgerinitiative vor Ort haben gegen die Freisetzung Einwendungen eingelegt. Die Einwander betonen, dass die Erkrankung in Deutschland von untergeordneter Bedeutung sei. Auffällig häufig tritt sie in Ländern mit hoher Dichte an Großgestüten auf, wie zum Beispiel in den USA, Großbritannien, Irland und Australien, wo in Zuchtfabriken mehrere tausend Pferde auf engstem Raum gehalten werden. Erkrankungen von Einzeltieren seien die Ausnahme. Die eitrige Lungenentzündung könne auch bei Menschen, Schweinen, Rindern, Schafen, Ziegen, Katzen und Hunden auftreten. Es bestünde die Gefahr, dass neue Krankheitserreger entstehen, deren Wirkspektrum anders oder größer als der ursprüngliche Erreger ist. Da der Erreger sowohl passiv mit der Luft bzw. mit dem Pferdekot als auch im Staub oder Bodenabtrag verbreitet wird und aktiv durch Vögel und Nager, sind sowohl die Pferde in unmittelbarer Nachbarschaft des Gestütes als auch wildlebende Tiere, wie Wildschweine gefährdet. Mit einer Entscheidung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), ob der Freisetzungsvorhaben genehmigt wird, rechnet man im April. Nähere Informationen unter: www.umweltinstitut.org/gentechnik/laktionen/hintergrund-genlebensimpfstoff-967.html. av



Schleswig-Holsteins Bauern in Bewegung

Foto: Gröhn-Wittern

gingen in der Schleswig-Holsteinischen Landeshauptstadt etwa 500 Menschen für Bauernhöfe statt Agrarindustrie auf die Straße. Ein Bündnis aus 23 Organisationen hatte zur Kundgebung direkt vor dem Landeshaus aufgerufen, um die Politiker vor den Landtagswahlen am 6. Mai agrarpolitisch in die Pflicht zu nehmen.

Vielfalt fördern

Die anschließenden Redebeiträge lieferten ein breites Bild von dem, was sich die Bündnispartner unter einer neuen Agrarpolitik vorstellen: Vielfalt gelte es zu fördern statt Maismonokulturen, Agrogentechnik und Futtermittelimporte. Die Durchsetzung einer fairen Entlohnung der Bauern sei dabei Voraussetzung für umwelt- und klimaschonendes Wirtschaften und artgerechte Tierhaltung. Eine weitere Forderung war die wirtschaftlich sinnvolle Förderung von dezentraler Verarbeitung und Vermarktung. Die derzeitige Weltmarktorientierung mit subventionierten Überschüssen und Exporten zu Dumpingpreisen stehe dem Menschenrecht auf Nahrung entgegen. Ein landesspezifisches Anliegen brachten die Bioverbände vor und forderten den Wiedereinstieg in die Beibehaltungsförderung für Ökolandbau. Schleswig-Holstein hat diese als einziges Bundesland Anfang des Jahres gestrichen und den Biobetrieben vor Ort da-

chen die schöne Erfahrung, dass wir tatkräftig von anderen Gruppen unterstützt werden.“ Sie wandte sich an die anwesenden Politiker: „Es liegt an Ihnen, ob Sie genauso mutig sind wie wir Bauern und Bürger – und sich für eine Agrarpolitik im gesellschaftlichen Konsens einsetzen!“ Anwesend waren Vertreter von allen im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Parteien sowie Landwirtschaftsministerin Juliane Rumpf (CDU) und ihr Staatssekretär Ernst-Wilhelm Rabius. Auf die Frage, wie denn im Land sichergestellt werde, dass bäuerliches Wissen über komplexe ökologische Zusammenhänge in der landwirtschaftlichen Ausbildung weitergegeben werde, äußerte sich die zuständige Ministerin: „Schleswig-Holstein hat eine sehr gute Ausbildungsstruktur mit Berufsschul- und Hochschulangeboten sowie eigenen Versuchsbetrieben.“ Über die Ausrichtung der inhaltlichen Gestaltung verlor sie jedoch kein Wort.

Zum Abschluss betonte Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL: „Wir werden keine Ruhe mehr geben, denn wir erwarten vernünftige Rahmenbedingungen. Wir müssen jetzt gegensteuern, nicht irgendwann. Es geht auch um unsere Würde – Bauern und Bäuerinnen, sind es wert, dass man für sie eintritt!“

Christine Weißenberg,
Agrar Koordination

Bringt Klimawandel Kühe wieder auf die Alp?

Die Schweizer Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon hat den Einfluss der Klimaerwärmung auf Milchkuhe untersucht. Steigende Temperaturen und hohe Luftfeuchtigkeit verursachten Hitzestress bei Kühen. Das habe eine Abnahme der Milchmenge und Veränderungen der Milchqualität zur Folge. Die Weidehaltung könne sich dadurch wieder in die im Sommer kühleren voralpinen und alpinen Gebiete verlagern, so die Schlussfolgerungen der Forscher. cs

Auch Österreich hat es satt

Eine „völlig neue Agrar- und Ernährungspolitik“ fordert nun auch in Österreich ein Bündnis aus bäuerlichen Verbänden, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen und sozialen Bewegungen. „Die Agrarindustrie in Europa verursacht Dioxinskandale, Gentechnik im Essen und Tierleid in Megaställen. Sie verschärft Hungerkrisen, den Klimawandel und das Höfesterben. Eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU steht an und auch in der österreichischen Agrarpolitik müssen die Weichen völlig neu gestellt werden. Deshalb rufen wir den agrarpolitischen Frühling aus“, erklärten die Mitglieder der Plattform „Wir haben es satt!“ Sie fordern Österreichs Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich auf, endlich seine Blockadehaltung gegenüber den positiven Greeningansätzen in der EU-Agrarreform aufzugeben. Vorbild ihrer Bewegung ist die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ in Deutschland. „Wir wollen uns mit möglichst vielen Organisationen, die ähnliche Ziele haben, zusammenschließen – damit unsere Bauernhöfe eine Zukunft haben“, so Irmi Salzer von der österreichischen Bergbauernvereinigung bzw. Via Campesina. cs

Produktionssystem Schwein ändern

„Änderungen der Produktionssysteme 'Schwein'“ hält die deutsche Agrarforschungsallianz (DAFA) für „unausweichlich“, um „dem Grundsatz der Unversehrtheit der Tiere zu genügen.“ Deshalb veranschlagt der Zusammenschluss von Agrarfakultäten und Forschungseinrichtungen den Mittelbedarf zur Klärung grundlegender Fragen für eine Verbesserung der Nutztierhaltung in Deutschland in einer Anfangsphase bis 2015 auf 15 bis 20 Mio. Euro im Jahr. Auch untersucht werden sollen die gesellschaftlichen Erwartungen an die Nutztierhaltung, sowie inwiefern sich die Informationslage der Verbraucher auf Meinungsbildung und Kaufverhalten auswirkt. cs

Milchproduktion, Kartellrecht und Botulismus

Die Milchtagung in Hardehausen lockte mit einem hochinteressanten Themenspektrum

Über 70 Personen waren in die katholische Landvolkshochschule nach Hardehausen zur von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Katholischen Landjugend (KLJB) und der Universität Kassel organisierten Tagung gekommen. Den Auftakt machte Frau Schulz, die das Ergebnis der Sektorenuntersuchung Milch darstellte. Die über fünf Jahre dauernde Untersuchung hatte zum Ziel, die Abhängigkeiten innerhalb des Milchmarktes zu untersuchen.



Referenten der Milchtagung: (v.l.) Armin Bücheler, Eva-Maria Schulze, Prof. Dr. Onno Poppinga, Maria Heubuch, Romuald Schaber, Dirk Gresch (Rektor der Landvolkshochschule), Josef Jacobi
Foto: Nürnberger

Nach den Ergebnissen des Kartellamts ist der Markt für die erzeugenden Landwirte stark eingengt. Dies erklärt sich insbesondere in der immer stärkeren Konzentration der Molkereien. Prinzipiell sei es den einzelnen Betrieben jedoch möglich, die Molkereien zu wechseln. Frau Schulz berichtete, dass sie während ihrer Untersuchung immer wieder von Landwirten geschildert bekam, dass der Wechsel zu einer anderen Molkerei durch Absprachen und Drohungen der Molkereien untereinander und gegenüber Transportunternehmen unmöglich gemacht worden sei. Allerdings fehlten in diesen Fällen juristisch belastbare Beweise in Form eindeutiger Schriftstücke oder ähnlichem, so dass das Kartellamt nicht tätig werden kann. Neben der immer weiter voranschreitenden Konzentration seien vor allem die auf Betreiben der Molkereien zustande kommenden langfristigen Lieferverträge gekoppelt mit einer 100prozentigen Andienungspflicht zu kritisieren. Zu dem Verbot einer zeitnahen Veröffentlichung der Erzeugermilchpreise merkte Frau Schulz an, dass diese Maßnahme nicht gegen eine transparente Darstellung der Preissituation gerichtet sei, sondern eine unerlaubte „Absprache“ unter den Molkereien unterbinden soll. Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM), konnte sich mit der Analyse des Kartellamts weitgehend anfreunden. Ihm fehlten aber Vorschläge des Amtes dazu, was an politischen Rahmenbedingungen geändert werden müsse, „um den Markt ins Lot zu bringen“. Die Politik müsse den Milcherzeugern ausreichend wirksame Mittel in die Hand ge-

ben. Auf EU-Ebene müsse die Kosten- und Erlössituation auf den Höfen viel stärker in den Blick genommen werden. Kostendeckende Erzeugerpreise müssten zum Maßstab der erzeugten Mengen werden. Die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Maria Heubuch, forderte ihre Berufskollegen auf, die schon jetzt bestehenden und jüngst auf EU-Ebene etwas erweiterten Möglichkeiten der Bündelung zu nutzen. Sie warb für einen Zusammenschluss in von den Molkereien unabhängigen Erzeugergemeinschaften. „Es ist sowohl für Bauern als auch für die Verbraucher vorteilhaft, wenn wir die Schieflage am Milchmarkt aufbrechen“, so Heubuch.

Neue Molkerei Marburg

Die eigenen Geschicke in die Hand nehmen, davon berichtete Milchbauer Hans-Werner Wege. Gemeinsam mit 71 Kollegen rund um Marburg haben sie sich entschlossen, die eigene Molkerei zukünftig selbst zu bewirtschaften. In der Vergangenheit war der Betrieb an die Molkerei Schwälbchen verpachtet gewesen, die auch die Milch abnahm. Immer schlechtere Auszahlungspreise führten zur Unzufriedenheit und schließlich zum Bruch mit Schwälbchen. Seit dem 1.1.2012 betreiben die Bauern ihre Molkerei wieder in Eigenregie. Nach langwierigen Planungen und vielen Gesprächen zur Finanzierung der Neueinrichtung der Molkerei sowie deren Abnahme durch das Veterinäramt wird ab dem ersten April wieder produziert. In den ersten Monaten des Jahres musste die Milch auf dem Spotmarkt verkauft werden. Um am Markt eine besondere Qualität anbieten zu können, produzieren die Bauern ihre Milch gentechnikfrei. Geplant ist, dass die Erzeugnisse ab Mai an einen festen Abnehmer geliefert werden.

Weideprämie bei FrieslandCampina

Ein halber Cent mehr für Milch von Weidetieren. Das ist ein neuer Ansatz des Molkereikonzerne Friesland Campina. Mindestens 120 Tage für sechs Stunden müssen die Tiere auf der Weide sein, um den Bonus zu bekommen. Weideprämie ist Teil eines umfangreichen Energie- und Qualität-Verbesserungssystems. Mit verschiedenen Maßnahmen wie Solaranlagen, Wärmerückgewinnung, Vorkühlung, aber auch der Teilnahme an Workshops können die Landwirte Punkte sammeln und so ihre Position auf der molkereiiernen Nachhaltigkeitsskala verbessern. Bisher fließen diese Bemühungen, mit Ausnahme der Weideprämie, nicht in die Berechnung des Milchpreises mit ein. Wie energieeffizient ist mein Betrieb? Dieser Frage ging Armin Bücheler, Leiter der Fachschule Donaueschingen, nach. Unter Zuhilfenahme eines in Frankreich erstellten Computerprogramms, das der Fachschullehrer in mühseliger Kleinarbeit erst ins Deutsche übersetzen musste,

hat er gemeinsam mit seinen Schülern deren Betriebe bilanziert. Das neue des Ansatzes ist, dass neben den unmittelbar zu erfassenden Energiemengen auch die der Maschinen, des Saatguts, der Gebäude, Tiere usw. in die Berechnung einfließen. Die Bilanzen der Schülerbetriebe zeigten, dass es nahezu keine Unterschiede zwischen den betrachteten konventionellen und biologisch wirtschaftenden Betrieben gab. Der höhere Output konventioneller Betriebe wird durch den hohen Energieeinsatz, beispielsweise für Mineraldünger, vollständig kompensiert. In beiden Fällen macht der Deseinsatz rund ein Drittel des Energieverbrauchs aus. Im konventionellen Betrieb sind vor allem der Mineraldünger- und Futterzukauf wichtige Positionen.

Antibiotika und Tiergesundheit

In den letzten beiden Vorträgen des Tages ging es um die Tiergesundheit. Dr. Bernd Alois Tenhagen vom Bundesinstitut für Risikobewertung machte die Risiken eines hohen Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung deutlich. Er bezog sich auf die Studien zum Antibiotikaeinsatz in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Bei Milchkühen gehe er davon aus, dass zwischen 70 und 80 Prozent der Tiere mit Antibiotika trocken gestellt werden. Vor dem Hintergrund, dass jeder Antibiotikaeinsatz zu Resistenzbildungen führt, warnte er vor deren routinemäßigem Einsatz. Von der Landwirtschaftskammer in Niedersachsen war Dirk Albers nach Hardehausen gekommen. In Niedersachsen gibt es eine große Zahl an Milchviehbetrieben mit schwer zu erklärenden Erkrankungen und Leistungsminderungen. Viele Betroffene vermuten eine schleichende Vergiftung mit Botulinum und sprechen von chronischem Botulismus. Allerdings, so Albers, sei dessen Nachweis bisher in der Wissenschaft umstritten. In seinem Vortrag ging er daher auf die möglichen Quellen für Botulismustoxine während der Futterernte ein. In einer Region, in der oftmals fünf Schnitte siliert werden, ist das Zeitfenster zwischen den einzelnen Schnitten klein. Eine unsachgemäße Gülleausbringung kann so dazu führen, dass Teile davon mit dem nächsten Schnitt erneut einsiliert werden. Die immer höher werdende Schlagkraft der Silageernte hätte oftmals ein ungenügendes Festwalzen zur Folge, da die Anlieferung zu schnell erfolgt. Seiner Einschätzung nach müsse vor allem ein zu feucht geernteter erster Schnitt vermieden werden. Dies sei auch unter Gesichtspunkten der Eiweißzusammensetzung im Futter besonders wichtig.

Keine Langeweile

Bis zum Schluss war die Tagung von spannenden Vorträgen und interessierten Zuhörern geprägt. Ein wichtiger Ort, um sich zu informieren, Erfahrungen und Meinungen auszutauschen.

Käse mit Weide-Garantie

Große holländische Milchkonzerne wie Cono und FrieslandCampina haben die ersten Marken-Käse aus reiner Weidemilch auf den Markt gebracht. In den Niederlanden haben noch 80% der Kühe Weidegang, obwohl dieser Anteil infolge von Bestandsvergrößerungen, Einsatz von Melkrobotern und Hochleistungskühen zu sinken droht. Aus Gründen der Akzeptanz und des Images zahlen große Molkereien für Weidegang bereits höhere Milchpreise. Eine Konsumenten-Befragung im Auftrag der Organisation CIWF ergab, dass 83% beim Kauf von Molkereiprodukten auf das Tierwohl und 73% auf Weidegang achten. *en*

Gülle-Freibriefe für Agrarfabriken

Unkontrollierte Gülle-, Geflügelmist- und Gärrest-Fluten

In niedersächsischen Intensiv-Tierhaltungsregionen werden offenbar seit Jahren viele große Stall- und Biogasanlagen genehmigt, ohne dass der gesetzlich geforderte Nachweis des Verbleibs von Gülle, Trockenkot oder Gärsubstrat wirklich erbracht wird. Dies geht zu Lasten der großen Zahl jener Landwirte, die mit ihrem Wirtschaftsdünger vorschriftsmäßig und verantwortlich umgehen.

Mafiöses Agrarindustrie-Kartell

Eine Genehmigung dieser Agrarfabriken darf eigentlich nur erfolgen, wenn die Investoren durch einen „Qualifizierten Flächennachweis“ (QFN) dokumentieren, wie viel sie von dem Wirtschaftsdünger auf eigenen Flächen ausbringen können und in welchen anderen Betrieben die Ausbringung der Überschüsse geschehen wird. Für den Export über Hunderte von Kilometern und die Verteilung an Landwirte in Ackerbauregionen wurden so genannte „Güllebörsen“ gegründet, die laut Bundes-Verbringungsverordnung auch dokumentieren sollen, dass die Flächen der Empfänger wirklich noch nicht überdüngt und aufnahmefähig sind. Genau das scheint in großem Maßstab nicht zu geschehen. Flächenarme Großinvestoren haben es offenbar leicht, unkontrollierte Bescheinigungen über die Gülle-, Trockenkot- und Biogassubstrat-Verbringung zu bekommen. Brancheninsider sprechen sogar von einem „mafiösen Agrarindustrie-Kartell“. Gemeint ist eine bei der Landwirtschaftskammer in Oldenburg verwaltete „Rahmenvereinbarung über die überbetriebliche Verwertung organischer Nährstoffträger“, die schon 2003 zwischen namhaften Akteuren im Raum Süddoldenburg-Emsland-Bentheim abgeschlossen wurde: den Landwirtschaftskammern, dem Landvolk-Landesbauernverband, den Landesverbänden der Lohnunternehmer und der Maschinenringe, dem Niedersächsischen Landkreis-

tag und den Arbeitsgemeinschaften der Landberatung und Beratungsringe. In der Landwirtschaftskammer bearbeiten viel zu wenige Sachbearbeiter diese „Nährstoffströme“ – trotzdem bekam und bekommt offenbar fast jeder Investor seine Bescheinigung für die Baugenehmigung. In der Branche zirkulieren sogar Behauptungen, dass manche „Vermittlungen“ sogar nur auf dem Papier erfolgen würden: Der Investor behalte seine Gülle und bezahle für deren angebliche und „dokumentierte“ Verbringung lediglich 3 Euro pro Kubikmeter.

Interner Kammerbrief ans Ministerium

Niedersachsens Behörden ist diese unkontrollierte Flut aus Agrarfabriken offensichtlich seit längerem bekannt. Das geht aus einem internen Brief von Kammerdirektor Otzen an das Agrarministerium hervor, der der AbL vorliegt. Zu der massiven Aufstockung der Süddoldenburger Schweine- und Geflügelbestände, Biogasanlagen sowie den Klärschlämmen kommen demnach noch Gülle- und Trockenkot-Exporte aus den Niederlanden hinzu. Mindestens jeder zweite holländische Transport geschehe illegal. Laut Kammer fehlen im Raum Weser-Ems für den ordnungsgemäßen Einsatz dieser Nährstoffüberschüsse 600.000 Hektar. Die Kammer Spitze räumt ein, es werde kaum systematisch kontrolliert, ob die Düngungsgrenzwerte bei der Verbringung und Ausbringung eingehalten würden. Die Düngeverordnung biete „keine Ansatzpunkte zur Überwachung der überbetrieblichen Verwertung“. Wenn die Nährstoffe an eine Güllebörse abgegeben würden, dann sei bisher nur ein Abnahmevertrag anstelle eines qualitativen Flächennachweises (QFN) erforderlich. Die Einhaltung der Düngeverordnung werde von der Landwirtschaftskammer nur in 2 bis 2,5 Prozent der Betriebe überwacht. Verstöße

würden häufig gefunden. Dies liege auch an der wachsenden Zahl nicht der Düngeverordnung unterliegender (gewerblicher, flächenloser) Tierhaltungs- und Biogasanlagen, die durch den bisherigen Kontrollansatz nicht erfasst würden: „...Ein Flächenbezug wird dabei nicht hergestellt.“ ... „Nach unserer Kenntnis erfolgt seitens der Genehmigungsbehörde nach Inbetriebnahme des Stalls bzw. der Biogasanlage nur in einigen Landkreisen eine systematische Kontrolle zur überbetrieblichen Verwertung. Wenn bei Stichproben festgestellt wird, dass die Verwertung nicht gemäß den Vorgaben der Baugenehmigung erfolgte, wird von der Baubehörde in der Regel ein neuer QFN mit neuem Abnahmevertrag gefordert.“

Flächengebundene Tierhaltung

Auf Anfrage teilte ein Vertreter der Landwirtschaftskammer mit, die Kontroll-Lücken würden demnächst durch weitere 15 Angestellte sowie durch die Ergänzung der Bundes-Verordnung mittels einer Landes-Verbringungsverordnung geschlossen. Auch die Abgeber der Wirtschaftsdünger müssten dann künftig Mengen melden, so dass man dann – gebührenfinanziert – die Stoffströme systematisch nachvollziehen könne. Die AbL-Niedersachsen begrüßte diese Aussagen und forderte, dass ohne den dauerhaft überprüfbareren Nachweis, dass Gülle, Geflügelmist und Gärreste aus Agrarfabriken wirklich auf eigenen oder anderen Flächen ordnungsgemäß eingesetzt würden, keine flächenunabhängige Großmastanlage mehr genehmigt werden dürfe. Besonders vor dem Hintergrund der zunehmenden Belastungen von Grund- und Oberflächenwasser seien diese Schritte notwendig. Dies wäre ein weiterer Schritt hin zu einer artgerechten Tierhaltung in mittelständischen, bäuerlichen Strukturen mit Flächenbindung sowie betrieblichen und regionalen Nährstoffkreisläufen. *en*

Geschönte Tierzahlen

Die niedersächsische Landtagsfraktion der Grünen kritisiert „geschönte Zahlen“ in der Agrarstatistik des Landes mit Hinweis auf die wesentlich höheren Tierzahlen der Tierseuchenkasse. Demnach gab es 2010 in Niedersachsen real 63,3 Millionen statt der offiziellen 36,5 Millionen Masthühner, 17,9 Mio. Legehennen statt 14,1 Mio und 10,4 Mio statt 8,0 Mio. Schweine. Diese „Abweichungen“ finde man besonders in den Intensivtierhaltungsgebieten, wo auch der Zustand des Grundwassers sehr kritisch sei. *en*



Der Gülletourismus hat seine Ursache in industriellen Großställen ohne eigene Flächen.

Foto: Niemann

AbL für wirkungsvolle Baugesetznovelle

Die Novellierung des Baugesetzbuches geht in die nächste Runde. Ende März hatte das Bundesministerium zur Verbändeanhörung geladen. In einer Stellungnahme begrüßt die AbL ausdrücklich die Zielsetzungen des Gesetzentwurfes, besonders das Ansinnen des Ministeriums, die „in den letzten Jahren stark zugenommene“ Errichtung von Tierhaltungsanlagen, „die nicht landwirtschaftlich, sondern gewerblich bzw. industriell betrieben werden“, nicht länger als privilegierte Bauvorhaben im Außenbereich anzuerkennen. Es sei zu einer Ausdehnung gekommen, die aus Sicht der AbL eine Überdehnung darstellt, denn das privilegierte Baurecht im Außenbereich für landwirtschaftliche Betriebe sollte ursprünglich ausdrücklich die Entwicklungschancen der bäuerlichen Betriebe wahren und sichern. Stattdessen leiste es nun oft genug der Massentierhaltung mit ihren bekannten Umwelt- und Tierschutzproblemen Vorschub. Allerdings geht der AbL der vorgelegte Entwurf nicht weit genug, bzw. sie stellt seine Wirksamkeit im Hinblick auf die Verhinderungen großer Stallhaltungsvorhaben in Frage. Wolle man den Kommunen wirkliche Handhabe zum Einschreiten bei jenen Bauvorhaben geben, müsse man die Privilegierung stärker einschränken als bislang geplant. Der Gesetzesentwurf sieht vor, die Privilegierung nur für gewerbliche Anlagen (die nicht genug Fläche nachweisen können) erst ab Dimensionen wegzunehmen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erfordern (85.000 Masthähnchen, 3.000 Mastschweine). Die AbL fordert die Privilegierung generell für Ställe in den Größenordnungen, die bereits eine UVP-Vorprüfung durchführen müssten (30.000 Masthähnchen, 1.500 Mastschweine) egal, ob sie theoretisch über genug Fläche verfügen um 50 % des Futters selbst zu erzeugen oder nicht. Denn die Art der Tierhaltung unterscheidet sich hier nicht zwischen gewerblich und nicht-gewerblich. *cs*

Neues Baugesetz auch für die Niederlande?

Auch in den Niederlanden gibt es derzeit eine Debatte über die Begrenzung von Bauvorhaben in der Tierhaltung. Im Juni will das Wirtschaftsministerium einen Gesetzentwurf vorlegen, der den Bau von Megaställen verbieten soll. Man wolle gesellschaftlich unerwünschte Großbetriebe verhindern, so der zuständige Staatssekretär. Bei welcher Tierzahl der Schnitt erfolgen solle und ab wann die Änderungen in Kraft treten sollen ist noch offen. *cs*

Süd-Ost-AbL diskutiert

Am 18. März traf sich die AbL Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt zur Mitgliederversammlung im EWERK Oschatz. Am Vormittag gab es einen sehr detailreichen und informativen Vortrag zum Thema Neuland-Fleisch von unserem Mitglied Jochen Dettmer (zugleich Bundesgeschäftsführer von Neuland e.V.). Er ging in seinem Vortrag besonders auf die Frage der Zertifizierungen und Gütesiegel näher ein. Anschließend gab es eine lebendige Diskussion über die Frage, ob und wie Neuland auch in Ostdeutschland etabliert werden kann. Nach der Mittagspause berichtete AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen zum einen über die aktuellen Aktivitäten des Bundesverbandes und gab darüber hinaus einen Ausblick und eine aktuelle Einschätzung der Situation der Landwirtschaftspolitik in Deutschland und in Europa. Am späten Nachmittag standen u.a. Satzungsänderungen und die Neuwahl des Landesvorstandes an. Erfreulicherweise stellten sich alle fünf bisherigen Landesvorstandsmitglieder zur Wiederwahl und wurden von den Mitgliedern einstimmig für die nächsten zwei Jahre wiedergewählt. Als ein Ziel wollen wir nach dem Vorbild der AbL-Thüringen versuchen, fachliche Veranstaltungen auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt zu etablieren. *Peter Hettlich*

Fleisch- und Wurstesser besonderer Art

Ende März traf sich in Hannover der „Club der bekennenden Fleisch- und Wurstesser“ mit Vertretern fast aller Parteien zum Parlamentarischen Abend. Da erwartet man eigentlich vor allem Ex-Agrarminister Karl-Heinz Funke, der als schwadronierender Wurstesser und Agrarindustrie-Schönredner immer noch als skurriles Beiwerk bei diversen Talkshows nicht fehlen darf. Aber weit gefehlt! Der Initiator des Clubs ist der 60jährige Fleischermeister Enno Appelhagen aus Norden, der nach eigenem Bekunden seit 20 Jahren für Regionalvermarktung und gegen agrarindustrielle Strukturen kämpft. Massentierhaltung sei ethisch nicht richtig und zerstöre die bäuerlichen und handwerklichen Strukturen auf dem Land. Unter diesem Motto arbeitet er mit dem Fleischerverband Bayern zusammen, in Niedersachsen nur mit einigen Obermeistern. Aus dem Niedersächsischen Fleischerverband sei er schon vor 20 Jahren ausgetreten. *en*

Kurzes am Rande

Schwäbisch-badische Agrarreform

Gut gelaunt Agrarpolitik machen

Am 18. März fand in Bad Boll die Mitgliederversammlung des AbL-Landesverbands Baden-Württemberg statt. Im Mittelpunkt standen die vielfältigen Aktivitäten der AbL seit dem politischen Farbwechsel der Landesregierung. Seit Frühjahr 2011 ist mit Wolfgang Reimer ein Gründungsmitglied der AbL „Amtschef“ des Landwirtschaftsministeriums. Dieser Wechsel eröffnet neue Möglichkeiten, um Präsenz zu zeigen und in der agrarpolitischen Debatte gehört zu werden. Dazu ist es aber notwendig, die anstehenden Themen in der AbL intensiv zu diskutieren und alle Kapazitäten zu mobilisieren. Zur Mitgliederversammlung wurden daher auch alle Bauerstimme-Leser angeschrieben, eingeladen und aufgerufen, Mitglied zu werden.

Direkt aus dem Ministerium

Referent am Nachmittag war Wolfgang Reimer. Er sprach über seine Erfahrungen von fast einem Jahr politischer Arbeit im Landwirtschaftsministerium. Seine Rundumschau von der EU-Agrarreform über den Einfluss, den ein Bundesland nehmen kann, bis hin zum alltäglichen Ärger vieler Bäuerinnen und Bauern mit den Behörden in der Verwaltung war rhetorisch exzellent und sprach Vieles an, was AbLer bewegt. Wolfgang Reimer machte aber auch immer deutlich, was politisch machbar ist. Beim Thema „Direktzahlung“ fand er das Modell des standardisierten Arbeitsbedarfs, wie es vor allem der bayrische Landesverband propagiert, technisch problemlos umsetzbar, politisch jedoch derzeit nicht durchsetzbar. Diskussions- und Änderungsbedarf sah er in hohem Maße bei der Marktpolitik; hier habe Deutsch-

land gute Ansätze der EU-Kommission wegverhandelt. Wolfgang Reimer ging auch detailliert auf die 2. Säule ein: Für ihn als Landespolitiker das zentrale Instrument, um agrarpolitisch Akzente setzen zu können. Für Baden-Württemberg versprach er, dass es die sinnvollen Maßnahmen, die es bereits jetzt gibt, auch in Zukunft geben werde. Diskutieren müsse man über einige Neuheiten, die die EU anbietet. Hier rief er die AbL auf, sich mit konstruktiven Beiträgen an der Diskussion um die Gestaltung der 2. Säule zu beteiligen. Am Herzen liegt ihm ein Programm für die Beratung für die große Mehrheit derjenigen Betriebe, die bisher nicht zu den sogenannten „zukunfts-fähigen“ Betrieben gehören: Es soll eine kompetente Beratung angeboten werden, die Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft aufzeigen kann. Bei der regionalen Vermarktung von Bioprodukten zeigte sich Wolfgang Reimer ein wenig ratlos. Nur die Bauern zu fördern bringe wenig, wenn es keine Vermarkter gebe – und da sei derzeit wenig Neues in Sicht. Die Landesregierung mit ihrer neu ausgerichteten Marketingagentur sei aber offen für neue Ideen. Das waren genug Anregungen für eine angeregte Debatte und Viele konnten ihre persönlichen Anliegen beim Kaffee auch noch direkt mit dem Amtschef besprechen.

In der AbL werden aber nicht nur politische Debatten geführt. In einer Ton-Dia-Schau präsentierte Brigitte Möhrle von der jungen AbL Bilder der Trecker-Sternfahrt „auf dem Weg in eine bäuerliche Zukunft“. Beeindruckende Bilder zeigten, dass es viel Spaß machen kann, sich mit kreativen Ideen für seine Interessen einzusetzen. *AbL BW*



Eine gute, fast schon ausgelassene Stimmung prägte die MV in Baden-Württemberg Foto: Ziehaus

Betriebsspiegel:

13 ha Grünland
6 ha Alm
0,3 ha Acker
10 Mutterkühe mit Nachzucht
40 Hühner

Ich kann mich noch gut an den Tag erinnern, als ich endlich dem Bauernverband die Kündigung schickte: Es ist schon einige Jahre her, ich war gerade im Stall, da hörte ich Gerd Sonnleitner im Radio. Nicht dass das etwas Besonderes wäre, der redet oft und viel, wenn der Tag lang ist, und so hab ich ihm halt zugehört. Da sagt er doch glatt, der Bauernverband könne sich nicht um die Hobby-Bauern kümmern, er müsse

für die großen, wirklich leistungsfähigen einstehen... Und dann hat's mir gereicht. Ich bin ins Haus gegangen und hab die Kündigung geschrieben: "... ich sehe mich als bäuerlicher Familienbetrieb von Ihrem Verband nicht vertreten..." Dabei muss ich gestehen, dass wir dem BBV nur beigetreten sind, weil das Jagdessen alle zwei Jahre bei uns stattfand und gewisse Verstrickungen zwischen Bauernverband und Jagdgewossenschaft es uns sinnvoll erscheinen ließen. Das Jagdessen findet inzwischen woanders statt. Nein, ein Hobby ist die Landwirtschaft nicht. In erster Linie ist es Arbeit, viel Arbeit. Kombiniert mit in-

tensiven Gefühlen wie Angst, wenn der Steilhang eigentlich noch nicht trocken genug ist, um mit Traktor und Ladewagen das Heu einzufahren, aber das Wetter ein längeres Warten nicht zulässt, Glück, wenn man in den Stall kommt und die Traudl (bis vor ein paar Stunden noch Kalbin, jetzt Jungkuh) ein wunderschönes Stierkalb ganz alleine zur Welt gebracht hat, Stress, wenn unser drittes Standbein, eine kleine Gastwirtschaft, uns ausgerechnet dann fordert, wenn eigentlich dringend gemäht werden sollte, weil endlich schönes Wetter herrscht, traurig, wenn der Stier Seppi um fünf Uhr morgens vom Metzger abgeholt

wird und brav und voller Vertrauen auf den Anhänger geht, Freude, gepaart mit schlechtem Gewissen, wenn der Scheck von eben diesem Metzger kommt, Wut, wenn der Habicht wieder eine Henne zerfleischt hat, die gut und gerne noch 200 Eier legen hätte können, Sorge, ob das Geld auch da ist, wenn die Feuerversicherung ihre Unsummen einfordert, oder wenn der kaputte Traktor die heiß umkämpften Direktzahlungen auffrisst, Erleichterung, wenn das letzte Fuder Heu im Stall ist und es erst jetzt zu regnen anfängt... Zufriedenheit

Sind wir Hobby-Bauern?

...es zu bleiben, dagegen sehr! Seit wir vor etwa 30 Jahren den Betrieb übernommen haben, gilt die Devise: „Wachsen oder weichen.“ Da wir weder das Eine noch das Andere wollten, war guter Rat teuer und nach intensiven familiären Diskussionen war der Entschluss gefasst, wir stellten den Hof auf Biolandwirtschaft um und traten dem Biolandverband bei. Damit hatten wir unseren Stempel weg, wir waren fortan die grünen Spinner aus Eissel. Das „Milchland Niedersachsen“ hatte aber weder damals noch heute eine Biomolkerei. Mit einer kleinen Bio-Milchlieferungsgemeinschaft fragten wir deshalb (recht naiv) bei der Nordmilch – heute DMK (Deutsches Milch Kartell) – an, ob sie Interesse an Bio-Milch hätten. Sie antworteten: „Bei der Menge werden unsere Leitungen nicht mal feucht.“

Also hatten wir keine Wahl, wir lieferten unsere Milch noch zehn Jahre an die konventionelle Thedinghäuser Molkerei. Da dies unserem angestrebten Gewinn nicht gerade dienlich war, mussten wir uns etwas anderes ausdenken. Als fingen wir an, unsere Weideochsen selbst zu vermarkten. Gedacht – getan – geschlachtet – telefoniert und verkauft. Die Anfänge waren wenig professionell. Es fand alles in der Waschküche statt. Das Equipment war auch recht zusammengesucht: mit Küchenwaage, Dreisatz und Taschenrechner gingen die ersten Ochsen über den Tisch.

Während der BSE-Krise profitierten wir von der Bio-Produktionsweise. Es war einfach beruhigend zu wissen, dass wir zehn Jahre keine Futtermittel zugekauft hatten und somit auch kein Hasardeur



Bauer werden ist nicht schwer

der Futtermittelindustrie die Chance gehabt hatte, unseren Kühen und Ochsen etwas ins Futter zu mischen. Mit dieser Gewissheit konnten wir beruhigt unseren Kunden gegenüber treten. Die Fleischvermarktung ist mittlerweile ein solides Standbein geworden, aus der Waschküche sind wir auch ausgezogen und der Dreisatz wird von einer geeichten Waage erledigt. Seit 2003 findet bei uns auf dem Hof einmal monatlich ein Öko-Regio Markt statt. Andere Biobauern aus der Region verkaufen hier ihre Produkte und wir frisches Rindfleisch und Käse aus der Milch unserer Kühe. Unser Ziel: „Die Lastwagen müssen vom

Hof, es muss alles in Taschen und Körben weggetragen werden“, haben wir noch nicht ganz erreicht, aber wir arbeiten dran.

Wir freuen uns, dass die nächste Generation in den Startlöchern steht, hoch motiviert und gut ausgebildet und wir freuen uns auch, unserem Sohn vermittelt zu haben, dass die Chancen der bäuerlichen Landwirtschaft nicht im Mengenwachstum, sondern im Wachstum des Gewinns liegen.

Wir sind es unseren Höfen und der nächsten Generation schuldig, die Rahmenbedingungen einschließlich der Marktordnungsregeln zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft bei der Po-

litik vehement einzufordern – und das werden wir auch weiterhin mit aller Kraft tun.

Gertraud Gafus

litik vehement einzufordern – und das werden wir auch weiterhin mit aller Kraft tun.

Johanna Böse-Hartje

Betriebsspiegel:

60 Kühe mit eigener Nachzucht
120 ha landwirtschaftliche Nutzfläche:
60 ha Grünland, 60 ha Acker
(Weizen, Triticale, Erbsen, Bohnen,
Mais und Klee gras)
Alle Tiere werden direkt vermarktet.
Der Betrieb liegt in Ostfriesland
und wirtschaftet nach Bioland-
standard

Gegen Agrarindustrie-Bio

Wachstum und Rationalisierung betreffen auch den Biosektor. Immer größere Strukturen beschädigen das Image

In der Bio-Geflügelhaltung breiten sich immer mehr Konzerne zu Lasten bäuerlicher Strukturen aus. Exemplarisch dafür ist der „Wiesengold“-Komplex rund um den Süddoldenburger Unternehmer Heinrich Tiemann. Ein Großteil der deutschen Bio-Eier kommt bereits von der „Eiervermarktung Wiesengold Landei GmbH & Co.KG“, dessen Mehrheit vor einiger Zeit vom größten agrarindustriellen Eierkonzern „Deutsche Frühstücksei“ übernommen wurde. Etwa 20 Prozent der „Bio-Eier“ sollen bereits aus Ställen des „Wiesengold“-Verbunds stammen, allein in Mecklenburg mit einer halben Million Hennen.

Bio-Massentierhaltung?

Das Statistische Bundesamt hatte bereits 2008 die Herkunft der Bio-Eier in Betrieben mit mehr als 3.000 Hennenplätzen untersucht: Knapp die Hälfte stammte demnach aus Betrieben mit mehr als 30.000 Tieren. „Kann das noch Bio sein?“, fragte zu dieser „Bio-Massentierhaltung“ auch die Bio-Zeitschrift *Schrot & Korn* – angesichts der Pläne der Gollwitzer Agrar GmbH, in Brandenburg 60.000 Biohennen aufzustellen. In der ökologischen Hähnchen- und Putenmast droht eine ähnliche Entwicklung, wobei der Name Tiemann vor allem in Ostdeutschland im Zusammenhang mit dem Aufbau von Bio-Großanlagen immer häufiger auftaucht. An vielen Standorten wehren sich bereits Bürgerinitiativen gegen die Emissionen aus „Öko“-Groß-Farmen mit mehreren Zehn-

tausenden von Tieren. Im März soll der Landkreis Diepholz nach Angaben und Beschwerden von Anwohnern im Ort Rechtern sogar per Verfügung die rechtswidrige Belegung eines Stalls mit 25.000 Hühnern durch Tiemann untersagt haben. Viele Konzerne erzeugen nach den Vorschriften der EU-Öko-Verordnung statt nach den strengeren Vorgaben der Ökoverbände. Bestimmte Bereiche der Haltung (Eltern- und Großeltern Tiere) sind von der EU-Öko-Verordnung noch nicht einmal ausreichend erfasst. Auch Vorschriften zu Betriebsteilungen, zum Verbot von Verstümmelungseingriffen am Tier oder zur Regelung des Auslaufs (Wintergärten) sind lockerer als die Richtlinien von Demeter, Bioland, GÄA und Co.. Mit dem Vordringen von „Bio-Geflügel-Konzernen“ ist somit auch die Gefahr verbunden, dass deren Einfluss auf die Gestaltung der Richtlinien, der Vermarktung und der Praxis weiter wächst. Berichte über Verstöße, zuletzt über den Einsatz von konventionellem Futter im Unternehmen Franzsander („Roberts“), stützen diese Sorgen.

Tiemann, KTG Agrar, Biofarmers ...

Von einer „Industrialisierung der Bio-Landwirtschaft“ spricht denn auch Walter Höhne, Vorstand der „Biohennen AG“, die die Eier von bäuerlichen Familienbetrieben vermarktet. Dies gilt umso mehr, wenn Agrarindustrielle auch den Biosektor abgreifen wollen, z.B. KTG Agrar, „Biofarmers“, Werner Hofreiter oder Henneberg. Auch Tiemann ist indirekt verknüpft

mit Futtermittel-Firmen wie „GS agri“ und „Fleming & Wendeln“, die wiederum an immer mehr riesigen agrarindustriellen Schweineanlagen beteiligt sind.

Es ist zu hoffen, dass der renommierte Bioverband „Naturland“, unter dessen Label Tiemann teilweise vermarkte, die damit verbundenen Risiken im Blick hat. Es reicht nicht, auf die relativ besseren Haltungsbedingungen in Bio-Konzern-Ställen gegenüber denen in „normalen“ Agrarfabriken hinzuweisen. Die Verbraucher erwarteten unter anderem, dass das Futter im Biosektor großenteils wirklich im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft auf den tierhaltenden Betrieben erzeugt wird.

Herden-, Stall- und Bestandsobergrenzen

Ebenso wenig sind den Verbrauchern die Bestandsgrößen von Agrarindustrie-Bio vermittelbar. Viele Untersuchungen belegen: In Herden mit mehr als 500 oder allenfalls 3.000 Hühnern nimmt nicht nur der Orientierungsstress mit Federpicken und Kannibalismus zu. Die meisten Hennen können das weit entfernte Freiland-Angebot gar nicht wahrnehmen, zumal sehr oft die Deckung z.B. durch Bäume gegen Raubvögel fehlt. Infolgedessen ballen sich die Tiere direkt in und am Stall, so dass dort die Belastung mit Kot, Parasiten, Ammoniak und Nitrat zunimmt. Mobile (weitergezogene) Ställe, die zur Entlastung und Regeneration der Auslaufflächen optimal sind, haben bei Bestandsgrößen von 20.000 Tieren keine Chance.

Obergrenzen festlegen

Zu einer bäuerlichen Biohaltung gehören Höchstzahlen je Herde und auch Bestandsobergrenzen je Betrieb: Im Gegensatz zum „EU-Bio“ schreiben die Richtlinien von Anbauverbänden wie „Bioland“ bei Legehennen nicht nur maximale Herden- und Stallgrößen vor, sondern zum Teil auch Obergrenzen je Bestand oder Betrieb. Bei Bioland-Legehennen sind maximal 3.000 Hühner und 6.000 Tiere pro Stall erlaubt. Bei Mastgeflügel dürfen z.B. bei Bioland 4.800 Masthühner pro Stall gehalten werden, je Betrieb darf die Gesamtstallfläche einschließlich aller anderen Geflügelarten 1.600 qm nicht überschreiten.

Ebenso wichtig sind beim Mastgeflügel die Vorgaben über die Zahl und das maximale Gewicht der auf einem Quadratmeter gehaltenen Tiere, über die maximale tägliche Zunahme, über die Rassen und das Mindestschlachtetage, um eine einseitige Qualität auf Brustfleisch zu verhindern.

Bauernhöfe oder Agrarfabriken? – diese Frage steht im konventionellen und zunehmend auch im Biosektor auf der Tagesordnung. Für konsequent bäuerliche Bioverbände eine Chance zur Profilierung. *en*

Dispensierer

Große Verbände der Tierärztlobby wollen den Veterinären das Recht sichern, Arzneimittel an Landwirte zu verkaufen. Dieses so genannte Dispensierrecht steht vor allem im Rahmen der Debatte um den hohen Antibiotika-Einsatz und die dadurch verursachten Resistenzen in Frage, weil viele Tierärzte sich so durch hohe Verschreibungen ein höheres Einkommen sichern könnten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Priesmeyer wies bei der Jahrestagung der Agrar- und Veterinär-Akademie darauf hin, die Abschaffung des Dispensierrechts sei in der für Anfang 2013 geplanten Novelle des Arzneimittel-Gesetzes nicht vorgesehen. *en*



Hühner im Auslauf: So stellt sich der Verbrauchwer Bio-Hühnerhaltung vor.

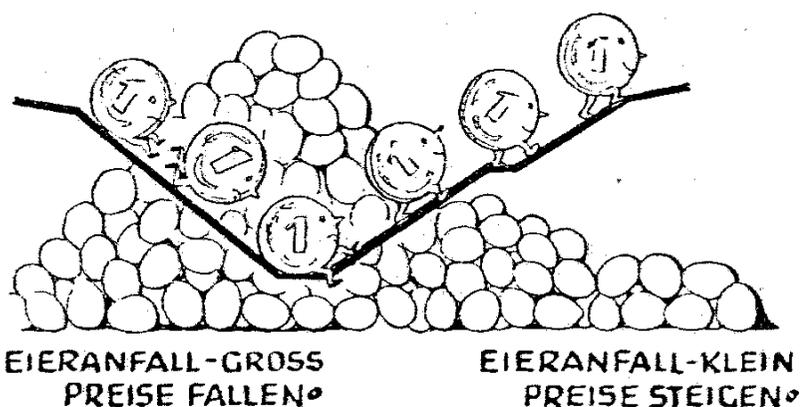
Foto: Menzler/ BLE

Ostern ohne Eier?

Handelsketten setzen Eiermarkt unter Druck

Der Osterhase hat Stress. Es sind keine Eier zu kriegen, und wenn, dann nur zu Konditionen, die er sich nicht leisten kann. Georg Heitlinger, Legehennenhalter aus dem baden-württembergischen Eplingen bei Heilbronn, berichtet von einer Färberei, die vor vier Wochen Eier gesucht hat, um einen Lieferkontrakt über 5 Mio. Eier bis Ostern zu bedienen. Mit dem Lieferanten war ein Preis von 11 Cent pro Ei für die gefärbte und gepackte Ware vertraglich festgemacht. Einkaufen muss die Färberei die Eier nun in den Wochen vor Ostern auf dem „freien“ Eiermarkt für 17 Cent pro Ei. „Momentan wird viel Geld vernichtet“, sagt Heitlinger. Die *Lebensmittelzeitung* zitiert einen Eier-Verarbeiter mit dem Satz: „Das ist keine Verknappung, sondern eine echte Krise.“ Schuld sind angeblich nach dem Machtwort der EU-Kommission die 10 Mio. Legehennen in Europa, die illegaler Weise seit dem 1. Januar dieses Jahres immer noch in Batteriekäfigen sitzen. Ihre Eier dürfte es eigentlich gar nicht mehr geben, in den innereuropäischen Export dürfen sie aber schon mal gar nicht. Und damit nicht genug, schließlich fehlt auch noch Ersatz in alternativen Haltungssystemen, weil

einerseits zu hohen momentanen Eierpreisen, aber eben auch nur wenigen Profiteuren davon führt. Georg Heitlinger macht im wesentlichen den Handelskonzern Aldi dafür verantwortlich, dass in einer Situation des knappen Angebots und hoher Preise erste Vermarktungsunternehmen Pleite machen. Aldi habe noch in den Nachwehen des Dioxinskandals letztes Frühjahr Lieferverträge über eineinhalb Jahre für 8 Cent pro Ei abgeschlossen, erklärt Heitlinger. Damals war der Druck groß und die Preise im Keller, so dass Aldi solche Bedingungen durchsetzen konnte. Noch vor fünf Jahren wurden die meisten Eier ohne Lieferverträge auf einer wöchentlichen Preisbasis gehandelt, inzwischen sind laut Heitlinger fast 80 Prozent der Ware in Kontrakte gebunden. Die großen Handelsketten geben wie so oft den Ton an. Ein so langfristiger Vertrag wie der von Aldi ist allerdings schon ungewöhnlich. Die Lieferanten sind entweder ganz große Legehennenbetriebe, die kaum für 8 Cent produzieren können, wenn allein momentan Futterkosten von 4 oder 5 Cent im Ei stecken. Oder es sind Eierpackstellen, die die Ware von kleineren Betrieben bündeln. Zwei sol-



aus Das Buch vom Bauern

Abb. 550 : Preiskurve bei Eiern

die Neuaufstellung nicht so schnell von staten geht wie das Abwracken der alten Käfige. Und wenn dann auch noch Kontrolleure – wie in einem aus Frankreich berichteten 200.000er Stall – eine 40 prozentige Überbesetzung einer sogenannten „ausgestalteten“ Käfigbatterie vorfinden, legen 80.000 Hühner plötzlich keine Eier mehr, sondern schwimmen in Suppen. In Deutschland gibt es dazu die Debatte um die weitere Lebensdauer der „ausgestalteten“ Käfige, die Bundesländer wollen sie bis spätestens 2027 abschaffen, Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) hält sich bedeckt und will Gerichte entscheiden lassen.

Knebelverträge

Jenseits aller Debatten um die Haltung spielt aber offenbar auch ein verändertes Gebaren der Marktteilnehmer eine erhebliche Rolle an dem momentanen Marktdilemma, was

cher Betriebe haben bereits Insolvenz angemeldet, weil sie an den Konditionen der Handelsketten zerbrechen. Diese machen sich zudem gegenseitig mit Kampfpreisen an der Supermarktkasse fertig. „Im Januar hat Aldi den Packungspreis für 10 Eier von 1,29 auf 1,09 Euro gesenkt, weil Netto mitgezogen war. Das zu Zeiten, wo die Rohware Höchstpreise erzielt, warum?“, fragt Heitlinger empört. Die deutsche Eierwirtschaft spricht denn auch davon, dass Eier momentan nirgendwo in Europa billiger zu haben sind als in Deutschen Discounter und appelliert an den LEH die langfristigen Lieferverträge zu lockern. Im deutschen Grenzgebiet zu Tschechien und Österreich kam es bereits zu Hamsterkäufen und Rationierungen in Discountmärkten. Auch Großverbraucher kaufen nun dort und nicht mehr auf dem teuren freien Eiermarkt, was dessen Lage nicht verbessert. cs

Kurzes am Rande

Wie sauber ist Wiesenhof fragt McDonalds...

Eigentlich ist es in erster Linie peinlich, wenn ausgerechnet McDonalds, also auch ein MegaKonzern aus der Lebensmittelbranche, mehr vorbeugenden Verbraucherschutz walten lässt als die Behördenvertreter vor Ort eines zweifelhaften anderen Mega-Konzern der Lebensmittelbranche. Es geht wieder einmal um jenen Geflügelschlachthof des Wiesenhofkonzerns in Möckern, der in der Vergangenheit bereits mehrfach zweifelhaft aufgefallen ist. Wieder gab es dort Hygieneprobleme, über Details schweigen sich Behörden und Unternehmen aus, es sollen im Zuge eines Umbaus Schwierigkeiten aufgetreten sein, die die zuständigen Veterinäre vor Ort dazu veranlassten, den Schlachtbetrieb zu schließen. Nach zwei Tagen waren die Mängel beseitigt, die Behördenvertreter gaben den Betrieb wieder frei. Ob damit tatsächlich alles in Ordnung oder nur die größten Missstände behoben sind, bleibt fraglich. McDonalds traut dem Braten offenbar nicht und hat, nachdem in Möckern schon wieder geschlachtet wird, beschlossen „vorsorglich“ keine Produkte mehr von Wiesenhof zu beziehen, sowieso bekommt McDonalds Deutschland nur 3 % an Geflügel von einem der größten europäischen Geflügelproduzenten, um daraus seine Chicken Nuggets zusammenzupressen zu lassen. Wiesenhof reagierte mit Unverständnis. Begrüsst hat der Konzern allerdings den Umstand, dass der Landrat in Möckern offenbar einige der für den Schlachthof zuständigen Kontrolleure vor Ort ausgewechselt hat, angeblich wegen Indiskretionen gegenüber der Presse. cs

...und die Staatsanwaltschaft Magdeburg?

In der Vergangenheit wurde immer wieder die enge Verbundenheit des Ortes Möckern im Landkreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt kritisch betont. Wiesenhof ist der größte Gewerbesteuerzahler und Arbeitgeber am Ort, die Arbeitslosigkeit im ländlichen Sachsen-Anhalt groß, dort im Landkreis wegen Wiesenhof kleiner. 450 Mitarbeiter schlachten dort täglich in zwei Schichten mehr als 100.000 Hähnchen. Die Abwasserversorgung des Ortes Möckern, der schon zu DDR-Zeiten einen großen Geflügelmastbetrieb beherbergte, wird von Wiesenhof gewährleistet. Es geht hier um viel Geld. Um Geld geht es auch an einer anderen Baustelle, mit der Wiesenhof in Möckern zu tun hat. Die Staatsanwaltschaft in Magdeburg ermittelt gegen den Schlachthof wegen einer angeblich für einige Jahre fehlenden Schlachterlaubnis. Wäre dort wirklich jahrelang ohne gearbeitet worden, ginge es in dem Verfahren auch um Subventionsbetrug und um erhebliche Summen, die Wiesenhof zu Unrecht aus Brüssel erhalten hätte. Der grüne Agrarsprecher der Bundestagfraktion, Friedrich Ostendorff, sieht nun die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) in der Pflicht, Verbraucherschutz ernst zu nehmen und für Transparenz zu sorgen. cs

Antibiotika-Rückstände

Das Rikilt-Instituts der holländischen Universität Wageningen fand bei drei untersuchten Schweine- und Geflügelfleischproben Rückstände der Antibiotika Doxycycline, Sulfadiazin und Sulfamidin. Die Gehalte blieben unter den EU-Normen, sind aber vor dem Hintergrund von Hinweisen zu bewerten, dass auch geringe Antibiotikamengen zu Resistenzen führen können. pm

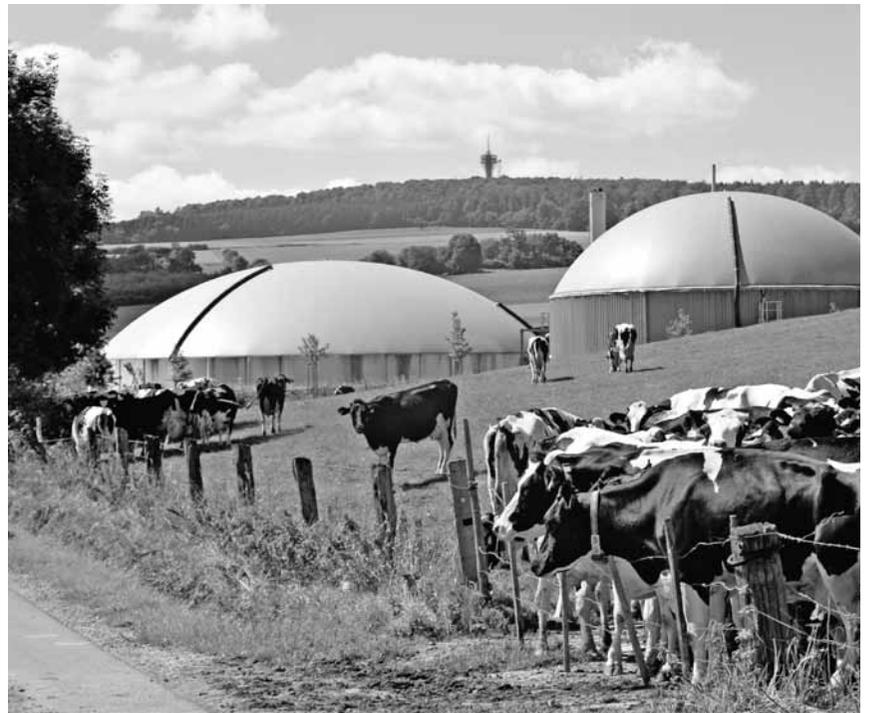
Antibiotika-Resistenzen in Flüssen

In den großen holländischen Flüssen Maas, Rhein und Neue Maas haben Wissenschaftler des RIVM-Instituts einen hohen Prozentsatz von Bakterien gefunden, die gegen mehrere Antibiotika resistent sind. Laut *AgriHolland* sehen die Forscher durch Kontakt mit diesem Wasser Gesundheitsrisiken, zum Beispiel durch den Übergang über Beregnungswasser auf Feldfrüchte. pm

Plus

Trotz intensiver Einflussversuche von agrarindustriellen Lobby-Verbänden hat die holländische Supermarkt-Kette Plus beschlossen, künftig nur noch Eier aus einer Haltung mit Auslauf für die Tiere zu verkaufen. pm

Bei den meisten Menschen ist die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen positiv besetzt, zukunftsfähig, nachhaltig, umweltschonend. Dagegen stehen, wie die düsteren Dinosaurier vergangener Welten, die fossilen Energiequellen und die Atomkraft. Das sonnige Image der erneuerbaren Energien strahlt auch positiv auf die Bauern und Bäuerinnen, sind sie doch bislang die maßgeblichen Einrichter von Biogasanlagen, Windrädern und Solarmodulen. Aber schon gibt es Schatten, negative Umweltwirkungen durch Überförderung, Neid und Missgunst. Und politische Signale, die die Energiewende wieder weg von den Bauern und Bäuerinnen hin zur Industrie schieben wollen. Um das zu verhindern, braucht es ein starkes Engagement für eine bäuerliche Energiewende mit Augenmaß.



Gemeinsame, gemäßigte, gesteuerte, grüne Energie

Die Energiewende ist bäuerlich – und muss es auch bleiben

Fukushima ist lange her – so scheint es angesichts der gerade in Kraft tretenden Änderungen im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). Zwar ist es vielleicht noch nicht der „Angriff auf die Energiewende“, den der Bundesverband Erneuerbare Energien der schwarz-gelben Bundesregierung vorwirft, aber doch zumindest eine Klientelpolitik zu Gunsten der großen Energiekonzerne. Einschneidendste Veränderungen muss die in den letzten Jahren sicherlich auch mehr als gut geförderte und dadurch boomende Solarbranche hinnehmen. Kürzungen in der gestaffelten Einspeisevergütung, die 30, 40 Prozent, im Extrem bis zu 50 Prozent der bisherigen Zahlungen bedeuten können, stellen eine Vollbremsung für jeglichen Neubau dar. „Da wurde zu lange gewartet mit einer Anpassung der Sätze und nun gibt es solche Sprünge mit kurzen Fristen“, sagt Bernd Voß, AbL-Biogas und Milchviehbauer und für die Grünen im schleswig-holsteinischen Landtag, „das ist eine grundsätzlich falsche Politik einer Reihe von Politikern, deren Herz nicht an der Energiewende hängt.“ Noch schärfer kommentiert es die Chefredakteurin der Branchenzeitung *Neue Energie*, Hanne May, wenn sie sagt, von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) wurde mal kolportiert „Man müsse ihn zum Jagen tragen“, wenn es um Einschnitte im EEG gehe. Nun haben sich Röttgen und Koalitionspartner und Wirtschaftsminister Phillip Rösler (FDP) wohl dazu entschlossen „lieber auf ein gemeinsames Ziel als aufeinander zu schießen.“ „Weidwund“ sei die Photovoltaik, die ande-

ren Erneuerbaren auf der Abschlusliste. Tatsächlich wird es auf die Montage von Photovoltaikanlagen spezialisierte Handwerksbetriebe in Deutschland mindestens vor große Herausforderungen stellen, wenn auf den Boom der Vergangenheit nun leere Auftragsbücher folgen. Man könne die Branche nicht nach Belieben an- und ausknippen, kritisiert denn auch Klimapolitik-Experte Martin Unfried in der *tageszeitung*. Er unterstellt den handelnden Politikern, sie wollten die Energiekonzerne beruhigen, die ihre Gewinne bedroht und fossile Kraftwerksplanungen in Frage gestellt sähen.

Bäuerliches EEG?

Scheint zwar mit der Abwendung der ursprünglichen Idee der schwarz-gelben Regierung, über eine geplante Verordnungsmächtigung im Marktintegrationsmodell den Bundestag nicht länger an der Festlegung der Vergütungssätze für Erneuerbare Energien zu beteiligen, zunächst das Schlimmste verhindert, so bleibt als zentrale Kritik auch der anderen Branchen am EEG die Unsicherheit. „Schwindende Rechtssicherheit“ konstatiert Horst Seide, auch ein AbL-Biogasbauer und Vorsitzender des Fachverbands Biogas. Auch beim Biogas würde im Moment kaum gebaut, nur die ganz kleinen Anlagen unter 75 KW und ausschließlich mit Gülle zu betreiben und die ganz großen Industrieanlagen, die im neuen EEG gut gefördert werden, lassen sich derzeit noch wirtschaftlich aufstellen. Damit wird dem Rechnung getragen, dass es gerade in dem mittleren Segment jene Entwicklung in den letzten Jahren gegeben hat,

die mancherorts zu Pachtpreisschlachten und „Vermaisung“ geführt haben. Ob die Rechnung aufgeht, steht auf einem anderen Blatt, Bernd Voß hätte sich individuell angepasste Lösungen gewünscht, etwa die Besserstellung der Vergütung von Klee gras gegenüber dem Mais, um nicht unbedingt über die Verhinderung neuer Anlagen den exzessiven Maisanbau zu bremsen. Mit seinem grünen Landtagskollegen Robert Habig hat Voß den Vorschlag gemacht, Biogasanlagen in die Landesplanung mit einzubeziehen. Darüber ließe sich dann beispielsweise in den Genehmigungen neuer Anlagen verfügen, dass sie nicht oder jedenfalls nicht ausschließlich mit Mais betrieben werden dürfen. Politische Gegner sehen die schleswig-holsteinischen Grünen nun bereits den „Mais quotieren.“ Damit verkennen sie, dass das reine Unwirtschaftlichmachen der Anlagen im mittleren Segment, wie es jetzt geschieht, eigentlich ihre Wähler, die Bauern und Bäuerinnen trifft. Schließlich ist jenes Segment zwischen 100 und 500 KW und die nicht ausschließliche Nutzung von Biogasanlagen zur Güllevergärung in der Vergangenheit das mit dem größten Wachstum auch durch bäuerliche Betriebe gewesen. Hier das Feld nur noch den ganz großen Industrieanlagen zu überlassen, heißt auch Einkommensalternativen aus der Landwirtschaft abzubauen. „Die Bauern sind die Träger der Energiewende“, sagt Voß, „und müssen es auch bleiben.“ Bäuerliches Biogas und die damit einhergehende Dezentralisierung verringert Transporte und ermöglicht regionale Wärmekonzepte. Und so wie

die Windenergie über Bürgerbeteiligungen in Schleswig-Holstein auf mehr Akzeptanz stößt, gilt es eben auch das zu stark unkontrollierte Wachstum beim Biogas in gesunde Bahnen zu lenken.

Gemeinschaftswerk Energiewende

Wie man in Bahnen lenkt, ist auch ein Thema, das künftig für den alternativ produzierten Strom noch viel stärker mitgedacht werden muss. Bernd Voß wie auch Horst Seide mahnen an, dass in der Vergangenheit viel zu wenig über Speicherung nachgedacht wurde. Bislang gebe es ein rein quantitatives Wachstum bemängelt Seide „Was total fehlt, ist eine Umstellung auf qualitatives Wachstum, wir werden 2020 teilweise zu viel Strom produzieren, der gespeichert werden muss“, sagt Seide, „aber das wird nicht gespielt von der Politik.“ Biogas bietet die Möglichkeit der Steuerung der Strommengen, Anlagen können abgeschaltet werden, Strom- und Gasspeicher genutzt werden. Laut Seide gibt es Modelle, aber nun wäre es an der Zeit, dass die Ideen auch Eingang in die Politik finden. Damit die Energiewende weiter geht und tatsächlich zu jenem „Gemeinschaftswerk aus Bevölkerung, Wirtschaft und Politik“ wird, dessen Erfordernis jüngst Klaus Töpfer betonte. Der ehemalige Bundesumweltminister und Co-Vorsitzende jener Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“ begründete nach Fukushima vor ziemlich genau einem Jahr die schwarz-gelbe Energiewende.

„Auch ganz viel Gefühl“

Biogasbauern stecken in vielen Zwiespälten

Wir wollten die Guten sein“, sagt Heinrich Pothmer, Bioland- und Biogasbauer aus dem niedersächsischen Wendland, „nicht nur saubere Nahrungsmittel produzieren, sondern auch saubere Energie.“ Er weiß, wovon er redet, Gorleben liegt um die Ecke. Und nun sei man mit einmal negativ im Focus, weil es von allem ein Zuviel gebe, bilanziert Pothmer. Ende 2005 ging die 500 KW-Anlage, die er gemeinsam mit einem Nachbarn betreibt und an die inzwischen auch ein umfangreiches Wärmenetz angeschlossen wird, in Betrieb. Rückblickend sieht Pothmer sich als Getriebener von der Politik, sagt, viele Entscheidungen mussten schnell getroffen werden, zumindest befürchtete

man immer einen Stimmungswechsel, wenig planerische Sicherheit. Und dann kamen die Akzeptanzprobleme – bei Bioland, im Verband, überregional – aber das Thema Vermaischung spielt auch im Wendland eine Rolle. Der Maisanbau ist von 13 bis 15 Prozent zu viehrefreien Zeiten auf 20 bis 21 Prozent angestiegen.

Industriell oder bäuerlich?

„Zu Recht gibt es sachliche Argumente dagegen“, sagt Pothmer „aber es ist auch ganz viel Gefühl dabei.“ Natürlich sei es falsch gewesen, über den Güllebonus in sowieso schon viehrefreie Regionen wie das Weser-Ems-Gebiet auch noch Biogasanlagen hinzu-

saugen. Aber Gülle energetisch zu bewerten, sei schließlich auch ein guter Gedanke. Falsch sei eben, was draus geworden ist, so Pothmers Überzeugung. Jetzt bediene man die eigene Klientel über die besondere Förderung großer Anlagen und schaffe damit neue Probleme über die nötigen Transporte. „Es braucht mehr Kontinuität in der politischen Entwicklung, ein Nachsteuern muss möglich sein, wo etwas schief läuft“, sagt der Bauer. „Die Frage ist, wo geht es hin, zu groß und industriell oder bäuerlich?“

Maß und Ziel

Die möchte auch der Bauer aus dem nördlichen Allgäu in seinem Sinne

beantwortet sehen, der vor lauter Flächenkonkurrenz und Neiddebatten, seinen Namen nicht genannt wissen will. Dabei müsste er sich doch auf der sicheren Seite fühlen mit einer durch und durch bäuerlichen Anlage, 150 KW, viel Gülle, wenig Mais und abgemähte Landschaftspflegeflächen. Der Welthunger und der Weltmarkt als Argumente ereilen ihn. Aber was sei mit Energiehunger und Verteilungsfragen? Wie fast alles ist auch das Thema Biogas eines mit der Frage nach Maß und Ziel, sagt er, die Frage nach dem Wollen der Energiewende sollte in seinen Augen eigentlich beantwortet sein. cs

Graffitischarmützel hinterm Gärbehälter

Wie Biogas nicht nur dicke Luft im Fermenter produziert

Was ist so verwerflich daran, einfach mal Geld verdienen zu wollen? Das fragten sich viele Bauern am Anfang des Biogasbooms vor fünf, sechs Jahren. Für Milch und Getreide gab es lange schon nicht mehr genug, warum nicht mit Güllebonus und Nawaro-Prämie alle Probleme lösen, saubere Energie erzeugen und damit auch noch etwas Positives für die Umwelt tun? Wer es nicht selbst finanzieren konnte und kann, dem bieten Beteiligungsfirmen Partnerschaften an. Wohin das führen kann, davon handelt die Geschichte aus dem emsländischen Klostermoor bei Leer. Auch dort wollte ein ansässiger Milchbauer vor fünf Jahren eine 500 KW Anlage bauen. Gemeinsam mit der „deutschen Biogas AG“, das Unternehmen eines inzwischen in die Reihen der Agrarindustriellen aufgestiegenen Landwirts, der Massentierhaltung betreibt und an über 80 Biogasanlagen im ganzen Land beteiligt ist. Das Prinzip ist immer dasselbe: Der Unternehmer stellt das technische Knowhow, eine Finanzierung und den bürokratischen Betrieb sicher, der Bauer vor Ort den Ort, die Bauprivilegierung und die Aufrechterhaltung des praktischen Betriebs per Bewirtschaftervertrag. In Klostermoor war es nicht ganz einfach, Flächen standen eigentlich nicht zur Verfügung, aber man einigte sich nachbarschaftlich, bäuerlich, baute Mais für den Biogasnachbarn an, lieferte ihm die Gülle, nahm das Substrat ab. „Es gab eine Akzeptanz unter den Bauern“, sagt Ottmar Ilchmann, AbL-Milchviehbauer vor Ort, „aber zunächst wussten wir nicht,

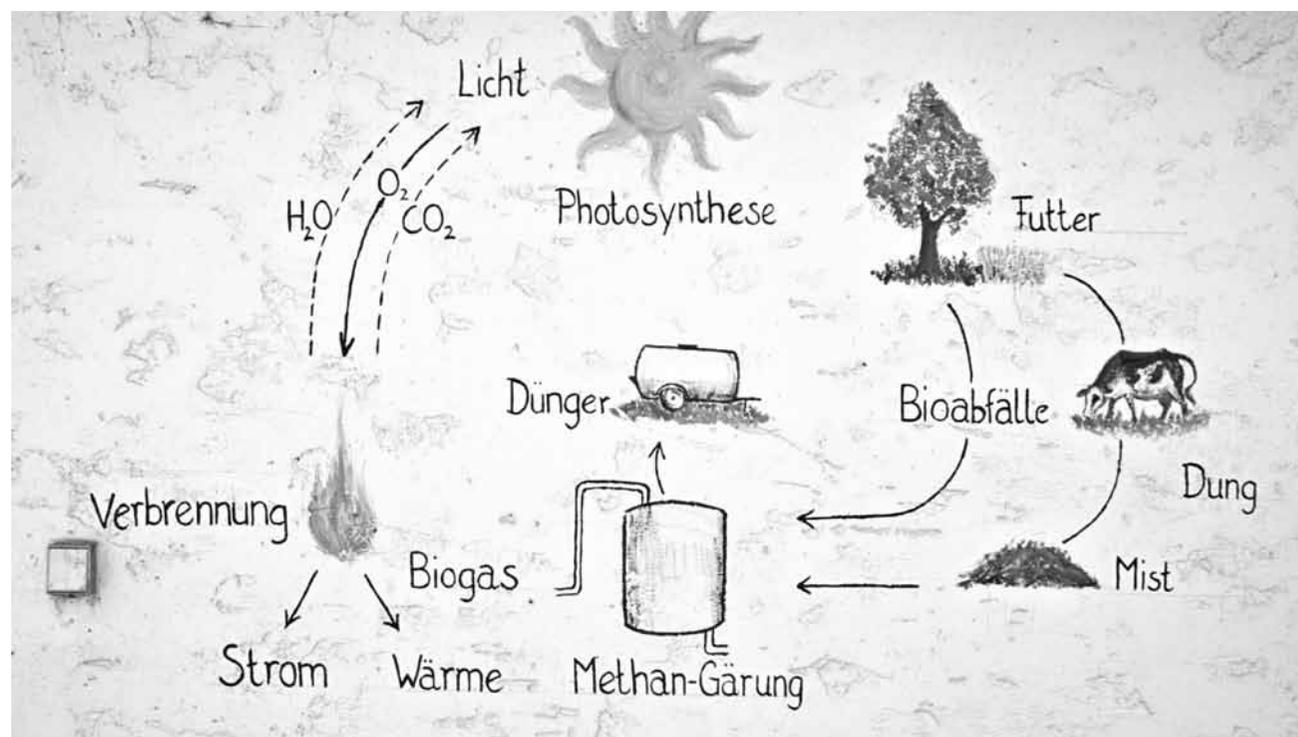
dass noch jemand von außerhalb mitmischte.“

Feindliche Übernahme

Dann zahlte der Investor von außen nicht oder nur verzögert an den Bauern für dessen Leistungen, dieser konnte wiederum seine Verbindlichkeiten, seine Pachtverträge nicht einhalten. Die „deutsche Biogas AG“ stieg in die laufenden Verträge ein und drängte den Bauern aus der Geschäftsführung. Sein Bewirtschaftervertrag wurde gekündigt, seine Anteile als Sicherheit entzogen. Damit wäre eigentlich die Privilegierung des Baus hinfällig, schließlich muss der Bauer dafür

51 Prozent der Anteile halten und maßgeblich „die Geschicke“ des Unternehmens bestimmen. Seit über einem halben Jahr prüfen das nun die örtlichen Behörden. Die Biogasanlage läuft weiter, das Agrarindustriunternehmen zieht den Profit ab und hat sich vor Ort einen anderen Bauern gesucht, der die Anlage mit Futter versorgt. Dafür holt er den Mais zum Teil aus 100 km Entfernung, die Gülle aus 35 km. Da die Anlage kein Wärmekonzept hat, ist sie mit solchen Transportentfernungen kein Klimaretter mehr. Das alles erzeugt Unmut unter den bäuerlichen Nachbarn, die Widerstand organisieren. „Die dörflichen Strukturen

gehen kaputt, es gibt Unruhe und Unfrieden“, sagt Ilchmann. Das führe dazu, dass die Nerven blank liegen, sagt er auch und meint die jüngste Eskalation in Klostermoor. Dem die Anlage beschickenden Bauern wurden in einer Nacht- und Nebelaktion verschiedene Fahrzeuge mit Farbspray verunstaltet. Graffitischarmützel hinterm Gärbehälter verstellen allerdings nur den Blick auf den wahren Unfriedensstifter. „Die Anlage dient nur noch der Gewinnmaximierung eines börsennotierten Agrarunternehmers“, sagt Ilchmann, „und dessen Standpunkt ist: nach mir die Sintflut. Das kann es nicht sein.“ cs



Es könnte alles so einfach sein... (auf einer Stallwand)

Foto: Stephan/ BLE

Wer gewinnt den Kampf ums Land?

AbL Niedersachsen fordert Einsatz des Grundstücksverkehrsgesetzes

Wer gewinnt den Kampf ums Land? Diese Frage stand im Mittelpunkt der niedersächsischen AbL-Frühjahrstagung am 11. März auf dem Bioland-Hof Voigt in Syke. Vor allem Milch- und Biobauern berichteten davon, dass sie mit den Pacht- und Bodenpreisen nicht mehr mithalten könnten, die von konkurrierenden Betreibern stark geförderter Biogasanlagen oder Großmastanlagen sowie von außerlandwirtschaftlichen Kapitalanlegern geboten würden.

batte“ über Pachtpreise von 1.200 Euro pro Hektar, die allenfalls in Sonderfällen für wenige Hektare gezahlt worden seien. Lediglich 5 Prozent der niedersächsischen Betriebe zahlten derzeit mehr als 800 Euro Pacht für den Hektar. Über die Arbeit des landesweiten Ober-Gutachterausschusses für den Grundstücksverkehr berichtete Reinhard Krumbholz: Nach einem rezessionsbedingten Rückgang stiegen auch in Niedersachsen seit 2008 die Kaufpreise wieder deutlich an: von 1,66 Euro im Jahr 2002 auf

2,04 Euro für einen Quadratmeter Ackerland (in 2011), mit Durchschnittswerten von 4 bis 6 Euro/qm in Süddoldenburg oder Rotenburg. Kaufgebote von außerlandwirtschaftlichen oder ausländischen Investoren nahmen zu, wobei die Grundstücksverkehrsausschüsse der Landkreise in 33 von 81 zuvor beanstandeten Fällen dafür sorgten, dass ortsansässige Landwirte oder die Niedersächsische Landesgesellschaft (NLG) den Vorrang beim Kauf gegenüber außerlandwirtschaftlichen Anbietern behielten. Überraschend die Mitteilung, dass lediglich die Hälfte der Pachtverträge von den Pächtern bei den Landkreisen angemeldet werde und dass die bei den Notaren abgeschlossenen Landkaufverträge bisher von den Behörden nicht ausgewertet würden, ebenso Daten über den Flächenerwerb durch

außerlandwirtschaftliche und ausländische Investoren. Strittig blieb in der lebhaften Diskussion die Frage, ob die EU-Flächensubventionen künftig nur für registrierte Pachtflächen gezahlt werden sollten. Angesichts schwindender Mitgliederbasis und auch Einseitigkeit des Bauernverbands forderte die AbL, dass pacht- oder kaufinteressierte Landwirte nicht mehr nur durch diesen Verband über ihr Vorkaufsrecht informiert werden, sondern dass – wie in anderen Bundesländern – alle Landwirte durch eine öffentliche Bekanntmachung davon erfahren könnten. Es sei zu prüfen, inwieweit die Landkreise bei der Besetzung der Ausschüsse nicht auch andere Landwirtschafts- oder auch Umweltverbände berufen müssten. Ziel sei, dass bei Pacht und Bodenkauf solche Investoren ausgegrenzt werden, die sich nicht am landwirtschaftlichen Ertragswert einer Fläche orientieren müssen. Hierbei sind die Möglichkeiten des Landpacht- und des Grundstücksverkehrsgesetzes wieder konsequent zu nutzen und auszubauen, die ja zur Verhinderung einer „ungesunden Verteilung von Grund und Boden“ und „nicht angemessener“ Flächenpreise gedacht sind. Den internationalen Zusammenhang stellte Katrin Beckedorf vom Netzwerk VEN her: Durch die „Landgrabbing“-Aneignung von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Staaten, Konzerne und Finanzanleger würden jährlich Kleinbauern von mehr als 50 Millionen Hektar Land vertrieben.

Nutzung des Bodenrechts

Dass die AbL ein dringendes Thema aufgegriffen hat, zeigt nicht nur eine Umfrage auf der *top-agrar*-Internetseite mit einer Zweidrittelmehrheit für den verstärkten Einsatz des Grundstücksverkehrsgesetzes. In einer aktuellen Studie bewertet der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) die Preisexplosion auf den Bodenmärkten als Gefahr für den Bestand landwirtschaftlicher Betriebe. Die konsequente Nutzung und punktuelle Weiterentwicklung des Bodenrechts auf Bundes- und Landesebene stehe keineswegs im Widerspruch zum EU- und Wettbewerbsrecht. Folgende Punkte seien möglichst einheitlich in den Bundesländern umzusetzen: Die derzeitige Preisobergrenze von 150 Prozent des ortsüblichen Verkehrswerts, ab der die Behörden den Verkauf einer Fläche untersagen können, sollte bereits ab 120 Prozent greifen. Die Landgesellschaften sollen ihr Vorkaufsrecht gegenüber einem nichtlandwirtschaftlichen Kaufinteressenten auch dann ausüben dürfen, wenn zunächst kein landwirtschaftlicher Betrieb in den Kaufvertrag eintritt und die Landgesellschaft die Flächen erst mittelfristig weiterverkauft (ohne doppelte Grunderwerbssteuerbelastung bei An- und Verkauf). Pachtverträge generell sollen erst nach Anzeige bei der Behörde wirksam werden, für „unangemessen hohe“ Pachtpreise ist eine Definition zu schaffen. Der bisher unkontrollierte Einstieg von Investoren in landwirtschaftliche Betriebe über den Kauf von Gesellschaftsanteilen soll künftig genehmigungspflichtig werden und in den Agrarberichten thematisiert werden. Außerdem fordert die Studie den Stopp politischer Bodenpreistreiber: durch Neutralisierung zu hoher EEG-Biogass-Förderung (Koppelung der Einspeisevergütung an die Agrarpreise), stärkere Anpassung der BVVG-Landverkäufe an agrarstrukturelle Belange sowie Eindämmung des Flächenverbrauchs. *en*

Energiewende gewollt

Die meisten Menschen in Deutschland wollen die Energiewende. Zu diesen Ergebnissen kam die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) in ihrer bundesweiten Befragung vom Sommer 2011. Damit setzt sich der Trend fort, der bereits in der ersten Erhebung 2007 offenbar wurde. Diese positive Einstellung der Bürger erkläre auch ihre Bereitschaft, die Kosten für die Förderung der erneuerbaren Energien zu tragen, folgerte die AEE. Sie stellte aber durchaus Unterschiede in der Akzeptanz in den verschiedenen Bundesländern fest. Unter www.federal-erneuerbar.de können die Resultate zu den Schwerpunktthemen Akzeptanz von Energieanlagen in Wohnortnähe, Bezug von Ökostrom, Zufriedenheit mit der Energiepolitik und Höhe der Förderung von erneuerbaren Energien eingesehen werden. Auch als Broschüre sind die Ergebnisse verfügbar. *cs*



Den Kartoffeln ist egal, ob sie auf Pachtland wachsen oder nicht.

Foto: Menzler/BLE

Dass nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit die Pacht- und Kaufpreise steigen, berichtete Silke Dahl vom Niedersächsischen Statistik-Landesamt. Vor allem in Nordrhein-Westfalen und im westlichen Niedersachsen müssten hohe Pachtpreise gezahlt werden, im Landkreis Cloppenburg durchschnittlich 540 € pro Hektar LN. Die Gründe lägen nicht hauptsächlich im Flächenbedarf für Verkehrs- und Siedlungsprojekte und den damit verbundenen Naturschutz-Ausgleichsmaßnahmen, sondern in der Wachstumsstrategie von Biogassbetreibern und Intensiv-Viehhaltern bzw. in den dafür geschaffenen Förder- und Politik-Rahmenbedingungen. Frau Dahlke warnte aber auch vor einer anheizenden „Geisterde-

batte“ über Pachtpreise von 1.200 Euro pro Hektar, die allenfalls in Sonderfällen für wenige Hektare gezahlt worden seien. Lediglich 5 Prozent der niedersächsischen Betriebe zahlten derzeit mehr als 800 Euro Pacht für den Hektar. Über die Arbeit des landesweiten Ober-Gutachterausschusses für den Grundstücksverkehr berichtete Reinhard Krumbholz: Nach einem rezessionsbedingten Rückgang stiegen auch in Niedersachsen seit 2008 die Kaufpreise wieder deutlich an: von 1,66 Euro im Jahr 2002 auf 2,04 Euro für einen Quadratmeter Ackerland (in 2011), mit Durchschnittswerten von 4 bis 6 Euro/qm in Süddoldenburg oder Rotenburg. Kaufgebote von außerlandwirtschaftlichen oder ausländischen Investoren nahmen zu, wobei die Grundstücksverkehrsausschüsse der Landkreise in 33 von 81 zuvor beanstandeten Fällen dafür sorgten, dass ortsansässige Landwirte oder die Niedersächsische Landesgesellschaft (NLG) den Vorrang beim Kauf gegenüber außerlandwirtschaftlichen Anbietern behielten. Überraschend die Mitteilung, dass lediglich die Hälfte der Pachtverträge von den Pächtern bei den Landkreisen angemeldet werde und dass die bei den Notaren abgeschlossenen Landkaufverträge bisher von den Behörden nicht ausgewertet würden, ebenso Daten über den Flächenerwerb durch außerlandwirtschaftliche und ausländische Investoren. Strittig blieb in der lebhaften Diskussion die Frage, ob die EU-Flächensubventionen künftig nur für registrierte Pachtflächen gezahlt werden sollten. Angesichts schwindender Mitgliederbasis und auch Einseitigkeit des Bauernverbands forderte die AbL, dass pacht- oder kaufinteressierte Landwirte nicht mehr nur durch diesen Verband über ihr Vorkaufsrecht informiert werden, sondern dass – wie in anderen Bundesländern – alle Landwirte durch eine öffentliche Bekanntmachung davon erfahren könnten. Es sei zu prüfen, inwieweit die Landkreise bei der Besetzung der Ausschüsse nicht auch andere Landwirtschafts- oder auch Umweltverbände berufen müssten. Ziel

Der Nachbau der Anderen

In Europa gibt es wenige und unterschiedliche Systeme in Sachen Nachbaugebühren

Vor dem Hintergrund, dass es über kurz oder lang für ganz Europa ein neues Saatgutrecht geben wird – das wurde durch den nun schon Jahre laufenden Evaluierungsprozess der EU-Kommission angesprochen – muss man die Nachbauregelungen in unseren Nachbarländern einmal näher betrachten. Nur in der Hälfte der Mitgliedsstaaten gibt es überhaupt eine nationale Gesetzgebung, je nachdem offenbar, wie viele und wie einflussreich die Züchter in den jeweiligen Ländern sind. Aber auch in Ländern mit einer vergleichsweise langen Tradition an Pflanzenzüchtung und einer durchaus vielfältigen Züchterlandschaft wie z. B. in Belgien, wurde erst im vergangenen Jahr eine Saatgutgesetzesnovellierung vorgenommen, die an die europäischen Vorgaben heranreicht. So wurden – wie schon Jahre vorher in Deutschland – dort bestimmte Züchterrechte gegenüber den Bauernrechten gestärkt und in dem Zusammenhang auch überhaupt erst eine Nachbauregelung eingeführt. Die Informationen über deren praktische Umsetzung sind mindestens widersprüchlich, scheinen alles in allem aber nicht wirklich zielführend im Sinne der Züchter zu sein. Auch weil es zumindest verhaltenen bäuerlichen Widerstand gibt.

Fairplay?

Wer sich hingegen schon seit Jahren damit rühmt, ein wirklich funktionierendes System eingeführt zu haben, sind Bauernverband und Züchtervereinigung in Großbritannien. Beide verhandeln offenbar jährlich neu die Gebührenhöhen für die jeweiligen Sorten, einige ältere Sorten gibt es auch, ohne dass Nachbaugebühren darauf erhoben werden. Von Anfang wurde großer Wert auf die Kommunikation untereinander nicht nur auf Verbandsebene gelegt, ein Beispiel dafür ist die Homepage: www.fairplay.org.uk. Auf dieser wird besonders der Gerechtigkeitsaspekt betont, man setzt auf Solidarisierung innerhalb der Landwirtschaft und mit den Züchtern. Man ziehe an einem Strang, finanziell arbeitsfähige Züchtungsunternehmen wirkten im Sinne der Bauern und Bäuerinnen und unter ihnen wiederum sollten alle ihren Beitrag leisten, nicht einige wenige für viele die Zeche zahlen. Angeblich führen diese Maßnahmen zu hohen Erfolgsraten, was die Durchsetzung der Nachbaugebühren anbetrifft. Sowie so wird der größte Teil der Gebühren direkt durch die Aufbereiter von Saatgut abgeführt, lediglich die Parteien, die „direkt aus der Scheune“ oder nach eigener Aufbereitung in der Drillmaschine landen, werden über einen Fragebogen abgefragt. Liest man Kommentare in der landwirtschaftlichen Presse, so scheint es nur mehr noch darum zu gehen, ob man das Nachbausaatgut dem Z- Saatgut vorzieht, weil die fälligen Lizenzgebühren halb so

hoch sind. Es gibt durchaus Engagement für das Recht auf Nachbau, dass dafür Nachbaugebühren zu zahlen sind, scheint kaum (noch) jemand in Frage zu stellen.

Egalité?

Ein ganz anderes System hat sich in Frankreich etabliert. Dort wurde schon vor zehn Jahren zwischen Bauernverband und Pflanzenzüchtern die Vereinbarung getroffen, dass bei jeder angelieferten Tonne Konsumweizen 50 Cent Gebühren erhoben werden. Beim Kauf von zertifiziertem Saatgut bekommt der Käufer eine Gutschrift, so dass die 50 Cent/t Nachbaugebühren durch die Hintertür sind. Warum es nur den Weizen trifft, wird damit begründet, dass Weizen am häufigsten von allen Ackerkulturen in Frankreich nachgebaut wird. Trotzdem liegt die Nachbaurate unter denen in Deutschland bei 30 Prozent, während bei uns immer noch zur Hälfte nachgebaut wird. Interessant ist, dass ein – wenn auch geringer Teil der so eingenommenen Gebühren (15 Prozent) nicht direkt an die Züchter gehen, sondern über einen Fonds ökologischen Pflanzenzüchtungsinitiativen zur Verfügung gestellt werden. Offenbar gibt es allerdings in Frankreich Bestrebungen, die Frage der Nachbaugebühren neu zu ordnen, wohl auch vor dem Hintergrund der europäischen Überarbeitungen.

Staatshilfe

Besonders gut funktionieren, vor allem im Sinne der Pflanzenzüchter, soll das System, das in Finnland zur Erhebung der Nachbaugebühren etabliert wurde. Zwar legt erst das nationale Sortenschutz-Gesetz von 2010 fest, dass Bauern und Bäuerinnen über ihren Nachbau Auskunft geben und dann auch Zahlungsverpflichtungen nachkommen müssen. Dadurch aber, dass die

staatlichen Organe der Agraradministration damit beauftragt sind, die Interessen der Züchter durchzusetzen, werden angeblich über 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe erfasst. Gleichzeitig ist der Verwaltungsaufwand für die Züchter äußerst gering, da die Landwirtschaftsämter vor Ort aufgrund der EU-Agrarpolitik sowieso über die relevanten Daten verfügen und diese auch weitergeben dürfen. Hinzu kommt wahrscheinlich der Effekt, dass bäuerlicher Widerstand durch den Umstand, dass hier eine privatwirtschaftliche Initiative mit staatlicher Administration durchgesetzt wird, kaum aufkeimt. Für die Züchter ist das sicherlich die bestechendste Lösung, signalisiert doch der Staat an der Stelle so unmissverständlich wie nirgendwo anders in Europa, dass Nachbaugebühren ein von offizieller Seite gewolltes Instrument der Züchtungsfinanzierung sind.

Auch Brüssel?

An der Stelle gilt es aus Sicht der Kritiker einer Schwächung des bäuerlichen Rechts auf Nachbau nun sehr aufmerksam zu sein. Schließlich sitzen in entscheidenden Positionen in Brüssel finnische Landsleute, die durchaus Ambitionen haben könnten, das bei ihnen zu Haus so gut funktionierende System europaweit zu installieren. Da ist zum einen *Paiivi Mannerkorpi*, die Abteilungsleiterin für Saatgutangelegenheiten der Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherschutz in der EU-Kommission, und zum anderen der EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn. Letzterer hat sich bislang noch nicht in der Angelegenheit hervorgetan, dürfte aber durchaus Interesse an dem Thema haben. Mannerkorpi ist längst damit befasst, eine neue Saatgutgesetzgebung zu entwickeln, wie sie zu Nachbaugebühren steht, hat sie noch nicht offiziell verraten. cs



Nachbau in Europa (Brüssel Europaparlament)

Foto: Fränzen



Weit weg vom Acker

Der UN-Sonderbericht-erstatte für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, fordert angesichts weltweiter Fehlentwicklung in der Ernährung stärkere Regulierung durch die Staaten. Werbeverbote, Steuern und Begrenzungen sollen Fehlernährung entgegenwirken. Das Recht auf Nahrung beschränke sich nicht auf eine angemessene Menge an Essen, sondern schließe eine ausgewogene und gesunde Ernährung mit ein, so de Schutter. Auch die Agrarsubventionen müssten als weiteres Instrument mit dem Ziel umgestaltet werden, dass die Menschen gesündere Nahrung zu sich nähmen. Flächenbezogene Beihilfen für alle angebauten Feldfrüchte führten zu Fehlanreizen. Es würden so zu viele Rohstoffe für die Agroindustrie erzeugt, die daraus veredelte, als ungesund angesehene Produkte herstelle, heißt es weiter. Besser sollten nach Wünschen der UN Obst und Gemüse erzeugt werden, die der Verbraucher direkt esse. „Die Verstädterung, die Supermarktisierung und die weltweite Ausbreitung moderner Lebensstile haben traditionelle Ernährungsgewohnheiten durcheinandergebracht“, moniert de Schutter. cs

Imkerlich gut beraten

Honigbienen sichern den Ertrag

Das Insekten einen Großteil der Bestäubungsleistung unserer Kulturpflanzen erbringen, ist fast schon ein Gemeinplatz. Die Honigbiene ist dabei besonders effizient. Ihr großer Vorteil: Bienen überwintern als ganzes Volk und so summt und brummt es schon lange vor den Fluglöchern, sobald die Temperaturen die 10°C-Grenze überschreiten. In den letzten Jahren steigt das Interesse an Honigbienen als Bestäuberinnen stetig, denn die Landschaft bietet immer weniger geeignete Strukturen und Voraussetzungen für andere wilde Insekten, z. B. solitär lebende Bienen. Saatgutzüchter und -vermehrter für z. B. Raps und insbesondere Obstbaubetriebe sind von einer qualitativ hochwertigen Befruchtung höchst abhängig.

Bienen zahlen sich aus

Langjährige Erfahrung mit bestäubenden Insekten hat Bruno Kallen, der einen Obst-

als an anderen Orten zu gleicher Zeit möglich wäre. Auch die Futter- und Pollenversorgung der Völker ist nicht immer gesichert. Eine optimale Bestäubung verlangt eine kompliziertere Aufstellung der Völker, die den Imkern bei Zwischen- und Endkontrollen mehr Arbeit macht. Daher gibt es heute auch Imker, die sich u. a. auf die Bereitstellung von gesunden, stabilen und individuenreichen Völkern zur Bestäubung spezialisieren. Friedhelm Kemeter ist einer von ihnen und in der Vereinigung der Bestäubungsimker e. V. organisiert. Seine Zusammenarbeit mit den Landwirten beginnt mit einer Ortsbegehung, bei der wichtige Absprachen getroffen werden. Ehrlichkeit bezüglich der realistischen Möglichkeiten ist dabei wichtig, denn die Bienen lassen sich als Wildtiere nicht dressieren: „Wenn neben der Kirschantage ein Rapsfeld angrenzt, kann man nicht verhindern,

Prozent sei auf jeden Fall drin. Die Investition lohnt sich: Die Prämien für die Bereitstellung eines Volkes liegen momentan im Freiland bei ca. 50 € pro Volk für drei Wochen. Im Gewächshaus ist die Bestäubung teurer, da auch der Schaden für das Volk größer ist, wenn sich die Bienen unter den oft UV-undurchlässigen Planen verfliegen und nicht mehr ins Volk zurückfinden.

Anreise auf Paletten

Die Aufstellung der Völker selbst verlangt keinen großen Mehraufwand: „Das ist eine Sache der Betriebsorganisation“, sagt Kallen, der vor Ankunft der Bienen Europaletten nach einem abgesprochenen Plan in der Plantage verteilt und auch bei der Aufstellung der Völker mit anpackt. Einige Imker, vor allem diejenigen, die eine spezielle Fortbildung zum Bestäubungsimker absolviert haben, verstehen sich als Bestä-

bung- und Befruchtungsberater, die über die Ansprüche der Landwirte und der einzelnen Kulturen genau Bescheid wissen. Diese Kooperationsfreude bestärkt der Landwirt Bruno Kallen: „Von den



dass die Bienen auch in den attraktiveren Raps fliegen.“

Bienengemäße Bewirtschaftung

Insbesondere die Pflanzenschutzmaßnahmen vor und während der Blüteperiode müssen koordiniert und kritisch hinterfragt werden. Diese Einschränkungen seien, so Bruno Kallen, für seinen integrativen Anbau aber nicht gravierend: „Uns liegt die Biene am Herzen. Natürlich verwenden wir keine bienengefährlichen Mittel und verhalten uns insgesamt sehr defensiv.“ Für Imker Kemeter ist die Situation manchmal nicht so einfach: „Oft haben die Landwirte nur die Dienstleistung vor Augen und merken bei diesem ersten Gespräch, dass ihre Verhaltensweise auf die Bedürfnisse der Bienen angepasst werden muss, damit diese optimal bestäuben kann. Lassen sie sich darauf ein, sind sie aber überrascht über den Erfolg.“ Diesen Erfolg bestätigt Landwirt Kallen aus seiner langjährigen Erfahrung: Die von Imkerseite vorausgesagte Ertragssteigerung um ca. 30

Imkern habe ich bisher immer eine gute Unterstützung erfahren. Vor allem was den Aufstellzeitpunkt ihrer Völker anbelangt, sind sie flexibel, sollte sich die Blüte doch um einige Tage verschieben.“

Friedhelm Kemeter empfiehlt Allen, die ihre Bestäubungsimker suchen, sich schon im Winter an einen erfahrenen (Erwerbs-)imker zu wenden. Vor allem, wenn man größere Flächen mit Bienenvölkern versehen möchte, sollte man die Vereinigung der Bestäubungsimker kontaktieren. So findet man leicht Imker aus der Region, die sowohl über die Völkerzahl als auch über das spezielle Know-how zur Bestäubung verfügen. Beide, Imker Kemeter und Landwirt Kallen, sind einer Meinung: Sie empfehlen ihren Kollegen eindringlich, mehr mit dem „anderen“ Metier zusammen zu arbeiten, denn, so Kallen: „Jeder vernünftige Betrieb weiß, dass die Biene extrem wichtig ist.“

Jana Bundschuh ist Umweltwissenschaftlerin und absolviert an der Lehr- und Versuchsimkerei der Universität Bonn eine Ausbildung zur Tierwirtin, Fachbereich Bienenkunde.

Pestizid-Missbrauch

Nach Berichten über ein Hummelsterben und Hinweisen auf Pestizidrückstände auf Gemüse wurde jetzt laut *AgriHolland* bekannt, dass ein Großteil des Nufarm-Insektizids Nocturn an holländische Unterglasbetriebe abgesetzt wurde, obwohl es im Zierpflanzenbau gar keine Zulassung hat. pm

hof in Grevenbroich bewirtschaftet. Auf über 70 Hektar baut er viele Sorten Pflaumen, Zwetschgen, Beeren und Äpfel an.

Er nutzt systematisch Bienenstöcke, um seine Erträge abzusichern: „In guten Jahren komme ich auch ohne die Bestäubung durch die Bienen aus. Wenn das Wetter aber nicht mitspielt, zahlen sich die Bienen aus. Bei mir gilt die Faustregel: Vier Völker pro Hektar.“ Er berichtet, dass die gezielte Bestäubung schon während seiner Ausbildung im Obstbau wichtig war: „Auch damals hat ein befreundeter Imker seine Völker in unsere Plantagen gebracht. Davon hatte auch er etwas, nämlich den Honigertrag aus dem Nektar unserer Pflanzen.“ Aber: ein Bienenvolk und sein Imker profitieren nicht zwangsläufig von der angebotenen Tracht. In vielen Kulturen erntet man weniger Honig,

Gv-Zulassung: EU macht Druck!

Neue gv-Maissorten trotz erkennbarer Risiken geplant

Fast wäre es Zeit für eine große Erfolgsparty. 16 Jahre nachdem die ersten Gentechnikpflanzen mit dem Anbau in Spanien Einzug in Europa gehalten haben, machen sie nach wie vor weniger als 0,1 Prozent der EU Ackerflächen aus. Wenn da nicht die EU-Kommission wäre, die 2012 den Ehrgeiz entwickelt, alle möglichen Gentechnikvorhaben durchzupeitschen. Unbemerkt von der größeren Öffentlichkeit werden für die Fachausschüsse in Brüssel sechs verschiedene GVO-Maisvarianten für die Abstimmung vorbereitet. Nahezu alle sind herbizidtolerant, mal gegen Glyphosat oder mal gegen 21 Glufosinat. Einzige Ausnahme ist die Wiederzulassung des Mais Mon 810, dem einzigen Gentechnik-Mais, der in der EU angebaut werden darf.

Lückenhaft

Während die Gentechnikunternehmen KWS und BASF in Presseerklärungen feststellen, dass es keine Nachfrage von Landwirten sowie kein politisches Klima für den Anbau von Gentechnikpflanzen gibt, strebt die EU gerade in die entgegengesetzte Richtung. Interessant ist, dass die EU-Lebensmittelbehörde (EFSA) in ihren Stellungnahmen nun feststellt, dass vermutlich Schmetterlinge und Motten durch den Anbau der schädlingstoleranten Maisvarianten geschädigt werden könnten. Anstatt dann jedoch zu folgern, dass ein Risiko besteht, schlagen sie Managementpläne vor, wie die Risiken minimiert werden könnten und wie beim späteren Anbau dann weitere Daten erhoben werden sollten (z.B. beim Mais 1505). Aufgabe der EFSA ist jedoch, vor der Zulassung die Risiken zu bewerten. Wenn Risiken bestehen, darf der Mais nicht zugelassen werden. Die Reformen von verschiedenen Leitlinien, Grundlage der Arbeit der EFSA,

führen so zwar zu erfreulichen Änderungen in der Sprache, nicht aber in ihren Entscheidungen. Ähnlich wird mit der Bewertung der Risiken der Herbizidresistenz verfahren. Die EFSA räumt ein, dass es zu Resistenzen beim Mais und bei Unkräutern kommen kann (z.B. beim Mon88017), die Lösung ist ein Managementplan. Besonders lückenhaft sind die Stellungnahmen zu Bt11 und 1507, hier wird schlicht übergegangen, dass beide tolerant gegen das Pflanzenschutzmittel Glufosinat sind, da die Konzerne den Mais angeblich nicht als herbizidtolerant vermarkten würden. Diese Einschätzung steht in deutlichem Widerspruch zu der Eigenwerbung in den USA, dort wird der Mais 1507 als Lösung für Unkräuter mit Resistenzen gegen Glyphosat beworben.

Zweifelhaft

Dabei sollte der Blick in die USA und nach Südamerika die EU von den Erfahrungen mit herbizidtoleranten Pflanzen lernen lassen. Gestiegene Pestizidmengen, alarmierende Probleme mit Resistenzen sowohl von den Gentechnikpflanzen selbst, als auch von Unkräutern machen dort selbst Gentechnik-befürwortende Wissenschaftler nervös. Teils werden Wanderarbeiter angestellt, die das Unkraut, zum Beispiel GVO-Raps in Mais oder Zuckerrüben von Hand ausreißen. Ebenso alarmierend sind neue Ergebnisse, dass selbst Resistenzen gegen den Maiswurzelbohrer nun vereinzelt auftreten. Auf Seiten der gentechnik-kritischen Bewegung gilt es, dem Umwelt- und Landwirtschaftsministerium der EU klar zu machen, dass sie weder gegen die europäische Gesellschaft noch die europäischen Bauern und Bäuerinnen die inzwischen sogar wissenschaftlich zweifelhaften Pflanzen auf Europas Äcker holen sollten.

Mute Schimpf, *Gentechnikexpertin und im AbL-Bundesvorstand*

Kurzes am Rande

Wissenschaftler kritisieren Bt-Mais

Seit 2003 wird in Amerika gentechnisch veränderter Mais angebaut, der ein Insektengift gegen die Larven des Maiswurzelbohrers produziert. Zunehmend treten Varianten des bedeutenden Maisschädlings auf, die das Bt-Fraßgift überleben. 22 Maiswissenschaftler in den USA schlagen nun Alarm und haben einen gemeinsamen Brief an die US-Gesundheitsbehörde EPA (Environmental Protection Agency) verfasst. Sie melden „dringenden Handlungsbedarf“ an, da großflächige Ernteausfälle drohen könnten. Der „wirtschaftliche Vorteil“, den der Bt-Mais eigentlich bringen sollte, werde zunichte gemacht, wenn die Landwirte zusätzlich Insektizide einsetzen müssten. Als Ursachen für die Resistenzentwicklung beim Maiswurzelbohrer identifizierten die Wissenschaftler einerseits die Tatsache, dass oft jahrelang ununterbrochen Maissorten mit demselben Bt-Protein angebaut wurden. Andererseits gebe es zu wenig Refugienflächen mit konventionellem Mais und entsprechender Schädlingsbekämpfung. Einige Wissenschaftler fordern dies schon seit 2003 für 50% der Fläche. Die US-Behörden schreiben jedoch nur 20% vor. Zudem beklagen die Wissenschaftler, dass die neuen Maissorten mit den höchsten Ertragspotentialen fast ausschließlich als gentechnisch veränderte Varianten mit einem oder mehreren Bt-Genen angeboten würden. Das sei ein Hauptgrund dafür, dass Bt-Mais auch in Gegenden angebaut werde, in denen der Schädlingsbefall gering und der Anbau von Bt-Pflanzen eigentlich nicht angezeigt sei. Damit werde der Entwicklung resistenter Schädlinge Vorschub geleistet. Aktuelle Laboruntersuchungen aus den USA mit der Bt-Sorte MON88017 zeigen, dass dieser sogar dazu beitragen kann, die Ausbreitung resistenter Maiswurzelbohrer zu beschleunigen, da „die angepassten Schädlinge gleichzeitig eine höhere Fitness aufweisen, dass sie die Entwicklung ihrer Larven beschleunigen, mehr Nachkommen produzieren und sich so rascher ausbreiten können. Das ist eine neue Dimension“, so Christoph Then, Gentechnik-experte von Testbiotech. Deshalb rät er dringend von der bevorstehenden möglichen Anbauzulassung in der EU ab. av

Wegweisendes Patent-Urteil in Indien

Das indische Patentamt hat entschieden, dass der Pharmakonzern Bayer das Patent für ein Krebsmedikament an den indischen Generika-Hersteller Natco weitergeben muss. Im Gegenzug erhält Bayer von Natco eine geringe Lizenz auf den Umsatz. Bayer kündigte an, Möglichkeiten für ein juristisches Vorgehen gegen die Entscheidung zu prüfen. Es ist die erste zwangsweise Patentabtretung in der Geschichte Indiens. Das Bayer-Medikament „Nexavar“ wird die indische Firma Natco künftig selbst herstellen und zu einem Preis verkaufen, den die Behörden festlegen. Das Mittel soll nur noch einen Bruchteil des bisherigen Preises kosten. Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) erklärte: „Diese Entscheidung ist eine Warnung, dass es Konsequenzen hat, wenn Pharmafirmen Preistreiber betreiben und die Verfügbarkeit einschränken“. Ärzte ohne Grenzen geht davon aus, dass nun künftig auch neue, noch unter Patentschutz stehende Medikamente – etwa zur Behandlung von HIV und Aids – zu einem Bruchteil des aktuellen Preises verfügbar sein könnten. av

Frankreich verbietet erneut MON810

Frankreich hat das nationale Verbot des Anbaus der gentechnisch veränderten Maislinie MON810 erneuert. Die beiden französischen Ministerien für Landwirtschaft und Umwelt begründeten den Schritt mit signifikanten Risiken des insektengiftigen Mais für die Umwelt. Bereits 2007 hatte Paris den Anbau von MON810 verboten. Monsanto hatte dagegen geklagt. Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im September 2011 wurde das Anbauverbot vom französischen Staatsrat Ende November 2011 für nichtig erklärt, weil Frankreich die falsche Verordnung benutzt sowie der EU-Kommission nicht ausreichend Zeit eingeräumt habe, auf die französischen Bedenken einzugehen. Die Kommission sei jetzt angerufen und am Zug, erklärte der französische Landwirtschaftsminister Bruno LeMaire. Ob die Kommission sich vor Mai äußert, ist fraglich, in Frankreich ist Wahlkampf. av



In Deutschland ist dieses Jahr kein gv-Mais zum kommerziellen Anbau zugelassen.

Foto: Fuhrmann/ Biosicherheit

Soja in Deutschland

Auf bis zu 4.000 Hektar wurde die gelbe Bohne im letzten Jahr angebaut. Die Erträge schwankten zwischen 10 und 45 dt/ha. Die größten Probleme der mit sich selbst verträglichen Art sind die Unkrautkontrolle und eine unsichere Abreife. Auch sollte die Aussaat bei gut erwärmtem Boden stattfinden, 10 Grad Celsius gelten hier als Richtwert. Dies ist häufig Anfang Mai der Fall. Eine Doppelimpfung des Saatguts hat sich im letzten Jahr bewährt. Mehr unter: www.Vom-Acker-in-den-futtertrog.de/leguminosen/soja.html

Für Berief SojaFit

Für dieses Jahr hat die Firma Berief genügend Sojafläche. Wer Interesse hat, im nächsten Jahr Sojabohnen im ökologischen Landbau anzubauen und noch keine Verwertung hat, kann sich bei der Projektleitung (s.o.) melden. Die stellt dann den Kontakt zur Firma Berief her.

Soja ist in (fast) aller Munde, ob im Futtertrog als wichtiger Eiweißlieferant für die Tierernährung oder in der direkten menschlichen Ernährung als Sojamilch, Tofu oder in der Sojamargarine. Das Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ verschreibt sich eher, wie der Titel unschwer erkennen lässt, der ersten Variante, aber mit dem Ziel, die große Menge an Import-Soja durch regional anbaubare Eiweißlieferanten wie Ackerbohne, Erbse, Klee gras und, wo es die Anbaubedingungen zulassen, auch Soja zu ersetzen.



Sojaverarbeiter Marcus Berief Foto: Privat

Sicherlich ist es ein erstrebenswertes Ziel, den gesamten Fleischkonsum in der menschlichen Ernährung zu senken. Aber über moralische Appelle lässt sich ja bekanntlich nicht viel erreichen. Da ist die Überzeugungskraft des Gaumens schon entscheidender. Und hier fängt die Geschichte eines mittelständischen Lebensmittelverarbeiters an, der Firma Berief Soja Fit aus dem westfälischen Beckum. Das Familienunternehmen mit 80 MitarbeiterInnen hat sich seit über 25 Jahren der pflanzlichen und gentechnikfreien Herstellung von Lebensmitteln verschrieben. Und lecker sollen sie natürlich auch sein. Angefangen hatte alles im Jahr 1983 mit der Erfindung der ersten Maschine für die Tofuverarbeitung von Hermann Berief. Der ehemalige Teilhaber einer Maschinenfabrik, die Geräte für die Lebensmittelindustrie herstellt, hatte den Ansporn, selber pflanzliche Rohstoffe zu Lebensmitteln zu verarbeiten. Weiter ging es 1985 mit der ersten eigenständigen Verarbeitung von Sojabohnen und 1990 setzte der Unternehmer mit der Gründung einer neuen Firma in Beckum alles auf eine Karte, nämlich die der Herstellung von Lebensmitteln auf Basis pflanzlicher Rohstoffe. Aus der Maschinenfabrik stieg er aus. Auf dem Firmengelände in Beckum werden nun Sojadrinks und Tofu-Produkte hergestellt. Sohn Marcus Berief ist auch schon seit einigen Jahren im Betrieb aktiv. Wenn man mit ihm spricht, hat man eigentlich immer

Der Soja-Hype

Regionale Soja zu Tofu und Drinks

das Gefühl, dass er gerade wieder das nächste plant, oder aus dem gerade berichteten sich neue Ideen entwickeln, internationales Kompetenzzentrum für Soja in Beckum, CO₂-footprint, Aufbau von kommunalen Verarbeitungsstrukturen in Ländern Afrikas und, nicht zu vergessen, die Erhöhung des Anteils regional angebauter Sojabohnen für den Firmensitz in Beckum, sind so einige Ideen und zum Teil schon in der Realisierungsphase.

Nabelfarben

Bei dem Aufbau der regionalen Produktion ist wichtig für die Firma Berief, dass die Sojabohnen Rohproteingehalte von mindestens 40 Prozent besitzen, die Ware sauber und einen geringen Bruchkornanteil aufweist und die Nabelfarbe der Sorte am besten hell ist. Sie variiert je nach Sorte von hellbraun bis schwarz. Die Nabelfarbe spielt zum einen bei der Verarbeitung der Sojabohne zu Sojamilch eine Rolle, da eine dunkle Nabelfarbe auch das Endprodukt „verdunkelt“. Zum Anderen fällt bei der Verarbeitung ein Nebenprodukt an, das Okara. Momentan wird es in der Tierfütterung verwertet. Geplant ist aber auch eine Weiterverarbeitung für die menschliche Ernährung und auch hier werden hellnabelige Sorten bevorzugt.

Heimische Sojabohnen

Regionalität hat bei immer mehr Firmen der Lebensmittelerzeugung einen gewichtigen Stellenwert. In der Bio-Szene war es mit ihren anfangs kleinen Strukturen ein Baustein der Philosophie, aber auch für große Lebensmittelketten nimmt die Regionalität eine immer größere Bedeutung ein. Für viele VerbraucherInnen ist dies ein Ausdruck für höhere Lebensmittelqualität und Lebensmittelsicherheit. Momentan bezieht die Firma Berief die jährlich verarbeiteten 2.500 Tonnen der Öko-Sojabohne noch überwiegend aus China. Be-

züglich der Sicherheit in der Gentechnikfreiheit, gab es in der Firma Berief zwar bisher keine Probleme. Lange Transportwege sind aber nicht nur aus ökologischer Sicht zu hinterfragen, sondern erhöhen auch die Gefahr der Kontamination mit GVO verunreinigter Ware. Dies sind wichtige Gründe, wieso sich das Unternehmen immer mehr mit dem Anbau ihres Rohstoffes beschäftigt. Schon in 2011 wurde ein Teil aus europäischen Anbauländern wie Österreich und Tschechien verarbeitet. 2013 sollen alle Sojabohnen aus europäischem Anbau stammen. Gleichzeitig soll der Anteil von ökologisch erzeugter Soja aus hiesigem Anbau eine bedeutendere Rolle einnehmen. Dafür ist Marcus Berief mit Benedikt Sprenker, Nachbar von Berief und selber Landwirt, in den letzten Monaten viel durch die Republik gefahren. Austausch mit Anbauenden, Verarbeitern und den Aufbau der logistischen Strukturen für die zukünftige Ernte, es sind einige Kilometer zusammen gekommen. In Deutschland scheint momentan ein „Soja-Hype“ ausgebrochen zu sein, was den eigenen Anbau angeht. In den Gunstlagen, speziell in Bayern und Baden-Württemberg, haben PraktikerInnen schon gute Erfahrungen gemacht. Aber auch die Landwirtschaftskammer in Niedersachsen hat an ihren Versuchsstandorten im letzten Jahr im Schnitt 30 dt/ha geerntet. Erwähnen muss man natürlich auch die 11dt aus 2011 und die 20 dt/ha in 2010. Zur jetzigen Zeit lässt sich sagen, dass der Sojabohnenanbau in Deutschland einen Aufschwung erlebt. Wichtig ist es nun innerhalb dieses Aufschwungs die anderen Leguminosenarten mitzunehmen. Denn Ackerbohne, Erbsen & Co haben dann doch für viele Regionen in Deutschland ein höheres Ertragspotenzial. Es ist wie immer, die Vielfalt macht's. Übrigens, Bohnen mit Speck oder Tofu sollen ja auch gut munden...

Christoph Dahlmann,
Vom-Acker-in-den-Futtertrog,
Projekt der AbL-NRW



Sojaaussaat - nicht zu tief, aber bis zu vier Zentimeter dürfen es schon sein.

Foto: Dahlmann

Mac Agrar und andere

Der Generationenwechsel führt zu weiterer Konzentration

Ehemalige DDR-Agrar-Großbetriebe werden derzeit schleichend in großem Umfang durch außerlandwirtschaftliche Investoren übernommen. Nach der Wende hatten sich viele ehemalige DDR-Kader zunächst ihre weitere Dominanz bei den in GmbHs oder Genossenschaften umgewandelten Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften (LPGen) gesichert. Dies erfolgte mit Hilfe der offiziellen Agrarpolitik zu Lasten von LPG-Beschäftigten, Landeigentümern und Hofgründern. Jetzt steht ein Generationswechsel an, bei dem älter gewordene Eigner der LPG-Nachfolgebetriebe oder deren Kinder ihre Eigentumsrechte mit Gewinn abstoßen wollen. Diese Situation und die Notlage vieler Ost-Agrar-genossenschaften nutzen außerlandwirtschaftliche Investoren, um regelrechte Landbau-Konzerne mit vielen Tausenden oder Zehntausenden von Hektaren aufzubauen. Als Beispiele für große außerlandwirtschaftliche Agrarinvestoren listet eine Studie des vti-Instituts auf: den Möbelkonzern Steinhoff mit 20.000 ha, die JLW Holding (Lindhorst-Gruppe) mit 24.000 ha, die KTG Agrar mit 28.000 ha, die Tonkens Agrar mit 3.000 ha, die Südzucker mit 10.000 ha in Deutschland und 7.000 ha im Ausland, die Wimex (PHW-Lohmann-Gruppe) mit 7.000 ha, die Os-

terhuber Agrar mit 7.000 ha und 24.000 Rindern, den Ex-Fleischmanager Rodo Schneider mit 6.200 ha sowie Bullenmast und Mutterkuhhaltung, die Rethmann-Gruppe mit 6.500 ha, die Fiege-Gruppe mit 4.000 ha und 5.500 Rindern und die AgroEnergy AG mit 4.150 ha. In letzter Zeit ist auch die „Mac Agrar GmbH“ des Ex-Landhandels Roth ins Blickfeld geraten. In einer Pressemitteilung warnt die AbL-Niedersachsen vor einer neuen „unheiligen Allianz“ solcher Landbau-Konzerne mit agrarindustriellen Tierhaltungskonzernen. Sie verweist auf das Beispiel der Unternehmensgruppe L.S.G. mbH („Landwirtschaftliche Sanierungs-Gesellschaft“) des ostholsteinischen Gutsbesizers und Agrarindustriellen Christian Heine. Nachdem der einstige Agrarbanker früher für den Genossenschaftsverband Norddeutschland landwirtschaftliche Betriebe saniert hat, betreibt er dieses Geschäft nunmehr für sich in eigener Regie. Mittlerweile kontrollieren Heine bzw. die L.S.G. mbH schon 11.000 Hektar. Nunmehr will Heine zusätzlich noch agrarindustrielle Tierfabriken aufbauen und betreiben, offenbar in Kooperation mit dem Plukon-„Frika“-Geflügel-Konzern, der von einem internationalen Finanzkonzern namens Gilde Buyout kontrolliert wird. en

Bundesstudie bleibt ungenau

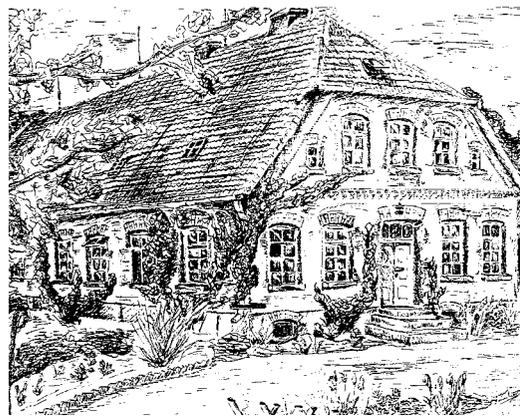
Außerlandwirtschaftliche Investoren

Eine vom Bundesagrarministerium beauftragte Studie des Braunschweiger vti-Instituts über nichtlandwirtschaftliche Investoren, vor allem in Ostdeutschland, hat deren Rolle auf dem Bodenmarkt relativiert. Allerdings, so die Wissenschaftler, gibt es über diesen Bereich zu wenige Erkenntnisse, vor allem hinsichtlich des Einstiegs von „stillen Beteiligungen“ und Anteilskäufen. Das Grundstücksverkehrsgesetz und dessen Schutzfunktion vor außerlandwirtschaftlicher Konkurrenz werde von vielen Landwirten als „stumpfes Schwert“ kritisiert – es sollte nach Ansicht der Autoren konsequenter und einheitlicher angewandt werden. Bei der Vorstellung der Studie forderte der Vertreter des Bauernverbands, das Grundstücksverkehrsgesetz solle auch Anteilskäufe an landwirtschaftlichen Unternehmen erfassen. Als bekannte Beispiele für große Agrarinvestoren listet die Studie auf: den Möbelkonzern Steinhoff mit

20.000 ha, die JLW Holding (Lindhorst-Gruppe) mit 24.000 ha, die KTG Agrar mit 28.000 ha, die Tonkens Agrar mit 3.000 ha, die Südzucker mit 10.000 ha in Deutschland und 7.000 ha im Ausland, die Wimex (PHW-Lohmann-Gruppe) mit 7.000 ha, die Osterhuber Agrar mit 7.000 ha und 24.000 Rindern, den Ex-Fleischmanager Rodo Schneider mit 6.200 ha sowie Bullenmast und Mutterkuhhaltung, die Rethmann-Gruppe mit 6.500 ha, die Fiege-Gruppe mit 4000 ha und 5.500 Rindern und die AgroEnergy AG mit 4.150 ha. Die staatlich geförderte Dominanz vieler LPG-Nachfolgebetriebe auf dem Bodenmarkt hat das Agrarministerium nicht untersuchen lassen. Der Endbericht „Aktivitäten von nichtlandwirtschaftlichen und überregional ausgerichteten Investoren auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Deutschland“ ist auf der Internetseite des vTI als Download verfügbar. en

Kinder, Kühe, Krippe

Mein kleiner Sohn war neulich auf einem Bauernhof, nicht dass er nicht auch auf einem aufwachsen würde, aber jetzt war er mal auf einem richtigen – mit Kühen. Er ist fast zwei Jahre alt und kennt Trecker, Gabelstapler, Kartoffeln in Kisten (nicht nur im Kochtopf heißt das), aber Kühe kannte er noch nicht außer aus der einschlägigen Kinderliteratur, in der Bauernhöfe pittoreske Fachwerkarrangements mit leuchtend roten Dächern sind, Kühe auf der Weide grasen, Schweine sich im Matsch suhlen und die hühnerfütternden Bäuerinnen Dirndl tragen. Nun war er also auf einem Bauernhof mit Kühen, die Bäuerin trug kein Dirndl, aber die Kühe waren zum Glück wenn auch ob des frühen Frühjahrs noch nicht



... aus Niedersachsen

auf der Weide, so doch in schönen offenen Ställen. Sonst hätten sie ihn wohl auch geängstigt, so haben sie ihn nur beeindruckt, meinen Sohn. Diese großen, felligen, Geräusche machenden, Silage fressenden, prustenden Wesen mit den warmen bewimpernten Augen. Eigentlich wollte er ganz nah ran und sie ge-

nau angucken, aber dann auch wieder nicht, weil sie dann noch größer und er noch kleiner wurde. Hin und her gerissen zwischen Angst und Wagemut stand er fasziniert vor ihnen, bis wir weiter mussten und ihn schließlich durch die Verabreichung von Gummibärchen davon überzeugen konnten, seinen Beobachtungsposten aufzugeben. Sprach er vorher viel von Treckern, Gabelstaplern und Kartoffeln in Kisten, redete er nun (und er redet viel, fast ununterbrochen) in den ihm eigenen Zweiwortsätzen, die immer ein bisschen nach Imperativ klingen von: Kühe fress! Kühe muht! Kühe räsche macht! In der Krippe, die er besucht, berichtete er davon, worauf mich die Erzieherinnen fragten, ob wir denn nun auch Kühe hätten, als ob man im Frühjahr neben Kartoffeln auch Wiederkäuer pflanzt. Und sie fragten, ob wir denn gar keine Trecker hätten, weil wenn sie sich bei ihm erkundigen würden, ob sein Vater Trecker führe, würde er sagen. „Nein, Papa Auto fährt.“ Gequält heulte sein Vater auf, als er das hörte, so weit sei es nun schon, sein Sohn würde ihn überhaupt gar nicht für einen richtigen Bauern halten, weil er ihn immer nur im Auto fahren sehe. Schließlich ist er es, der ihn morgens in die Krippe bringt, natürlich mit dem Auto, nicht mit dem Trecker. Wer den bewegt, während er, der Sohn landwirtschaftliche Referate in der Kinderbetreuungseinrichtung hält, bleibt ihm verborgen, Papa kann es eigentlich nicht sein, der muss ja schon das Auto fahren, den ganzen Tag immer weiter, auch wenn er, der Sohn, nicht mehr darin sitzt. So ist vielleicht seine noch etwas einfache Vorstellung von der Welt, von der er ja noch nicht so viel gesehen hat. Aber immerhin gehören jetzt auch Kühe dazu, zum Glück so wie sie gehalten werden sollten. Und ein Papa, der Bauer ist, aber trotzdem Auto fährt, mit ihm zusammen, und nicht Trecker, ohne ihn, weit hinten auf dem Acker.

Ein Bäuerin (41) erzählt...

Mutig, aber nicht tollkühn

Eine Hofübernahme erfordert Fingerspitzengefühl, eine gute Ausbildung und Selbstbewusstsein

Der Betrieb von Moritz Schäfer liegt kurz vor Alsfeld am nordöstlichen Rand des Vogelsberg. Nur wenige hundert Meter vom Hof entfernt fließt die Schwalm. Ein kleines Flüsschen gesäumt von Erlen und Weiden. Wenn Moritz Schäfer über den Hof führt, hat man den Eindruck, er sei schon immer hier gewesen. Keine Ecke des Betriebs scheint ihm fremd, neu oder unvertraut zu sein. Dabei ist es noch nicht einmal ein Jahr her, seit er im vergangenen Mai den Hof übernommen hat. Eine Ursache für dieses Zusammenwachsen sind sicher die vielfältigen Überlegungen, die im Vorfeld zur Hofentwicklung, der Anbauplanung, der wirtschaftlichen Rentabilität usw. stattgefunden haben.

Sowohl für die Kälber als auch für die weibliche Nachzucht wird in den kommenden Monaten ein Auslauf gebaut. Die schöne Zeichnung des Architekturbüros lässt die Rinder gelassen weiter fressen. Dennoch vereinfacht sie es dem Besucher, sich vorzustellen, wie der überdachte Auslauf an den bisherigen Stall angebaut werden soll. Im vergangenen Jahr wurde die Milch konventionell vermarktet. Dank Sonderkündigungsrecht kann ab dem 1. April gentechnikfreie Milch für die Faire Milch produziert werden. Immerhin 25 Prozent der Milch werden dann mit 40 Cent bezahlt, der Rest dafür aber eher schlechter als bisher. Im kommenden Jahr, nach erfolgter Umstellung auf Bio möchte

sen die Kühe kontinuierlich den täglichen Zuwachs direkt wieder ab. Überständiges, vertretenes Futter gäbe es dann nicht mehr. Das einzige Problem sind Zeiten mit besonders hohen Niederschlägen, wenn die Kühe den Boden zertreten. Neben der Weide wird im Stall Klee gras und als Rauhfutteranteil Heu vorgelegt.

Eigenversorgung

Den Maschinenbestand hat der Jungbauer komplett übernommen. „Inzwischen habe ich aber auch schon einiges neue angeschafft.“ Da steht ein neuer Schlepper im Hof und ein Wiesenstriegel in der Halle. Der Radlader ist erst seit wenigen Tagen auf dem Hof. Auch die Getreideanlage hat sich deutlich vergrößert und ist um eine Mahl- und Mischanlage erweitert worden. „Zukünftig“, so Moritz Schäfer „möchte ich mein Kraftfutter hier auf dem Betrieb aus eigenen Komponenten mischen.“ Das Konzept des eher im Schweinebereich verbreiteten Selbst-auf-dem-Hof-mischen stellt sicher, dass bei Verwendung eigener Komponenten eine Verunreinigung mit konventionellen oder gentechnisch verunreinigten Bestandteilen nahezu vollständig ausgeschlossen ist. Die einzelnen Futterkomponenten sollen auf den 42 ha Acker angebaut werden. In diesem Jahr sind das neben Winterweizen, Triticale, Roggen, Hafer und Sommergerste auch noch Bohnen und Mais.

Viel Arbeit für Einen

Die Aufgabe, der sich Moritz Schäfer stellt, scheint groß. Aber nicht zu groß. Das jedenfalls ist der Eindruck, wenn man mit ihm über den Hof geht. Voller Elan und hoch motiviert berichtet er von seinen Plänen, ohne dass man das Gefühl bekommt, er habe die Bodenhaftung verloren. Sicher kam ihm hierbei auch die Unterstützung und das gute Klima mit dem Altbauern zugute, der noch bis zu diesem Sommer im Betrieb mitarbeitet. Aber auch andere Faktoren scheinen in diesem Ort besonders günstig. Der Betrieb betreibt mit zwei anderen eine Häckselgemeinschaft als wirtschaftlichen Verein. Der gemeinsame Häckseler wird nach Trommelstunde, Diesel und Fahrer abgerechnet. Beim Fahren helfen sich die drei Betriebe gegenseitig, ohne die entstehenden Kosten zu berechnen. Das funktioniert, weil alle etwa gleich groß sind und vor allem gegenseitiges Vertrauen besteht. Auf diese Weise kappen die Betriebe ihre Arbeitsspitzen. Es begeistert, die Aufbruchstimmung eines solchen Neuanfangs mitzuerleben. Auch wenn nicht immer alles klappen wird, was geplant ist und kleinere Rückschläge selbstverständlich sind. Eine bäuerliche Landwirtschaft braucht Menschen wie Moritz Schäfer, die den Raum hinter den politischen Forderungen mit erfahrbarem Leben füllen und die Betriebe erhalten.

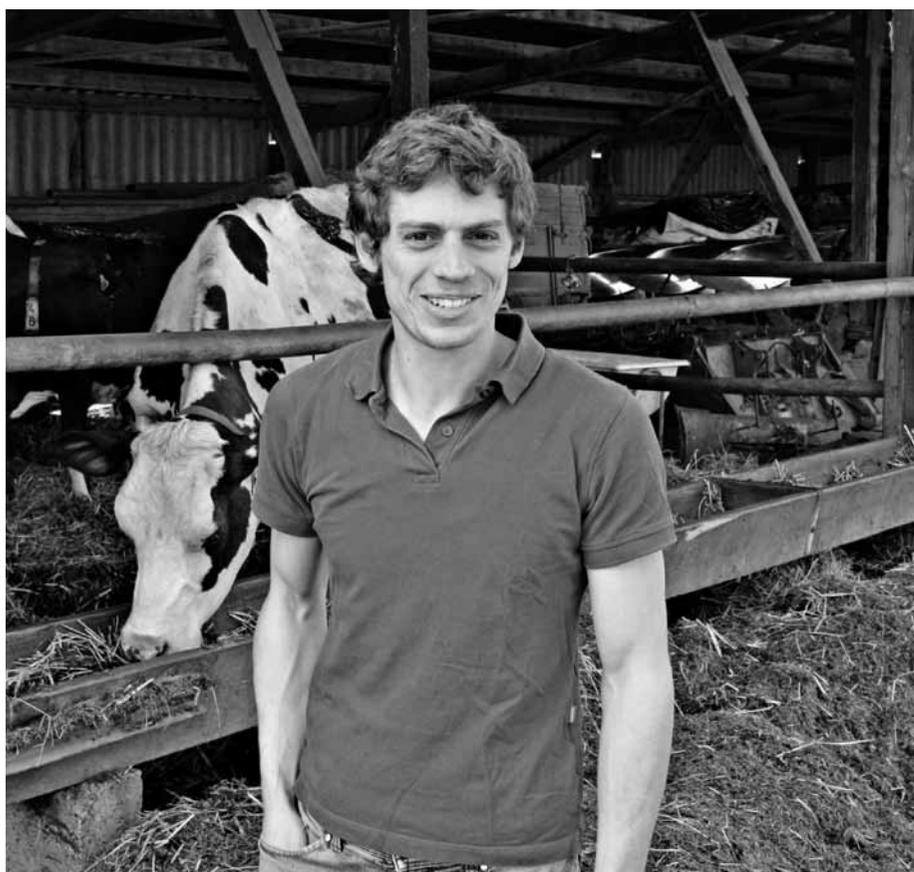
Viel Erfolg!

mn

Good Food

19,45 Euro für ökologische dazu noch 13,88 Euro für bäuerliche Landwirtschaft würden die Menschen von 100 Euro ausgeben, die sie für eine Landwirtschaft nach ihrem Gusto einsetzen können. Noch einmal ähnlich viel bekämen echter Tierschutz, fairer Handel und faire Preise, regionale Vielfalt und Vermarktung. Gestellt hat die Frage die Kampagne: Meine Landwirtschaft, geantwortet haben über 15.000 Menschen online. Am Ende der Liste sind die Leute übrigens noch bereit, 25 Cent für Gentechnikforschung und 7 Cent für Exportsubventionen auszugeben. Im Herbst sollen die Forderungen im Good Food Caravan nach Brüssel getragen werden. cs

Weitere Infos: www.meine-landwirtschaft.de



Voller Ideen, Pläne und Ziele: Moritz Schäfer auf seinem neuen Betrieb.

Foto: Nürnberger

Schwerpunkt Milch

Die Führung beginnt im Kuhstall. Schnell sind die Kenngrößen des Hofes genannt. Insgesamt bewirtschaftet der Betrieb 95 ha. Davon sind 42 ha Acker und 53 ha Grünland. Im Stall stehen zwischen 55 und 60 Schwarzbunte. Der Stall dürfte ursprünglich in den sechziger Jahren gebaut worden sein. Damals noch als Anbindestall. Vor einigen Jahren wurde er aber schon vom Vorgänger zum Boxenlaufstall umgebaut. Allerdings sind die Boxen, in denen die Rinder aus der Nachzucht stehen, noch mit Vollspalten versehen und auch der Platz der Milchkühe ist zu gering. Vor allem weil die Kühe zukünftig ihre Hörner behalten sollen und dann mehr Ausweichfläche brauchen. Gemolken wird in einem Doppel-Sechser mit automatischer Ab-

nahme. Sowohl für die Kälber als auch für die weibliche Nachzucht wird in den kommenden Monaten ein Auslauf gebaut. Die schöne Zeichnung des Architekturbüros lässt die Rinder gelassen weiter fressen. Dennoch vereinfacht sie es dem Besucher, sich vorzustellen, wie der überdachte Auslauf an den bisherigen Stall angebaut werden soll. Im vergangenen Jahr wurde die Milch konventionell vermarktet. Dank Sonderkündigungsrecht kann ab dem 1. April gentechnikfreie Milch für die Faire Milch produziert werden. Immerhin 25 Prozent der Milch werden dann mit 40 Cent bezahlt, der Rest dafür aber eher schlechter als bisher. Im kommenden Jahr, nach erfolgter Umstellung auf Bio möchte

Tag- und Nachtweide

Die sommerliche Wärme und Trockenheit täuschen über die tatsächliche Jahreszeit hinweg. Noch sind die Weide gräulich und das Wachstum gering. Im Stall wird noch Silo gefüttert. In wenigen Wochen sollen die Kühe Tag und Nacht auf die Weide. Das geht einfach, denn die Flächen liegen direkt am Hof und haben zum Teil sogar einen Zugang zum Fluss, damit entfällt das Fahren des Wasserfasses. Jetzt sind die Flächen gerade erst gestriegelt und nachgesät und warten auf Regen. Auch um sich das tägliche Weiterzäunen zu ersparen, möchte Moritz Schäfer eine Kurzrasenweide machen. Im Optimalfall fres-

Direktvermarktung

Für den Erfolg jeder Art der Vermarktung ist kaufmännisches Wissen und Können entscheidend, beispielsweise wenn es darum geht, die eigenen Zahlen zu kennen, Preise zu begründen und zu verhandeln. Hofladen, Wochenmarktstand oder Lieferdienst sind Erwerbszweige, die sicheres Handeln erfordern. Doch nicht immer wird die Direktvermarktung rentabel betrieben.

Eine gezielte betriebswirtschaftliche Analyse deckt ungenutzte Potentiale, Stärken und Schwächen auf. Ohne großen Aufwand kann mancher Betrieb wesentlich optimiert werden. Das vorliegende Buch liefert dazu fundierte Informationen und Checklisten, mit deren Hilfe Sie eine Direktvermarktung neu gründen oder den wirtschaftlichen Erfolg Ihres Betriebszweigs verbessern können.

Mit neun Bausteinen für einen Geschäftsplan schaffen Sie die Grundlage für eine professionelle Planung und Darstellung Ihrer Direktvermarktung, die auch Ihre Bank überzeugt. Mit Hilfe der Excel-Analyse auf CD können Sie Ihre Direktvermarktung auf Herz und Nieren prüfen und im Vergleich zu anderen Betrieben Optimierungsmöglichkeiten aufdecken.

Die Autoren haben für dieses Buch das relevante betriebswirtschaftliche Wissen zu-

sammengetragen und es für den Leser in Form von Checklisten, Beispielrechnungen und Einblicken in 28 Betriebe verständlich und praktisch aufbereitet.

Direktvermarktung; Hubert Redelberger und Stefan Rettner; ca. 100 Seiten; DIN A4; einschließlich Analysedatei auf CD 25 Euro + 3 Euro Versandkosten. Zu bestellen unter Fax: 05665/30731, E-Mail: buero@redelberger.info



Kurzes am Rande

Ostdeutsche Bodenpolitik

Um die Tätigkeit der BVVG ist es in der Öffentlichkeit vergleichsweise still, obwohl durch deren Privatisierung staatliche Subventionen in einem zweistelligen Milliarden Euro-Bereich für wenige Großagrarien in Ostdeutschland, aber nicht für die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Bauern bewegt werden. Eine aktuelle Studie dazu von Dr. Jörg Gerke beleuchtet, in welchem Ausmaß Gesetze und Verordnungen umgangen und welche aktive Rolle dabei Bundesministerien, Staatsanwaltschaften, Gerichte und die Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission spielen. Die Brisanz liegt darin, dass die von Dr. Gerke dargestellten Sachverhalte durch interne Papiere der Ministerialebene aus dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bestätigt werden.

Dr. Jörg Gerke; Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990, Das Zusammenspiel von Politik, Justiz und Verwaltung, 44 Seiten Din A4, 3 Euro Zu beziehen über den ABL-Verlag

Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Das Zusammenspiel von Politik, Justiz und Verwaltung

von Dr. Jörg Gerke



Kleine Apokalypse

Weil wir die Energie in diesen Jahren verschwendet haben, ist in der Zukunft nicht mehr genug da. Schon 2015, da spielt der Jugendroman, gibt es Energie nur noch rationiert, zu bestimmten Zeiten am Tag auf Karte. Aus der Sicht der fünfzehnjährigen Laura wird deutlich, dass man früher hätte anfangen müssen, sich Gedanken zu machen. Nun stürzt Laura mit ihrer Familie nicht in nur alltägliche Unannehmlichkeiten, sondern in eine echte Existenzkrise. Ohne moralischen Zeigefinger macht das Buch eindrücklich klar: Jetzt gilt es, sich aufzuraffen und etwas zu verändern, bevor es zu spät ist. cs

Saci Lloyd; Euer schönes Leben kotzt mich an, 344 Seiten, Taschenbuch, ISBN: 978-3-401-06415-4, Arena Verlag, ab 12 J., 7,99 Euro



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2012 2011 2010 2009 2008 2007 2006
 22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

-Expl. Nützt ja nix Stückpreis 11,00 €
-Expl. Aus dem Moor, Stückpreis 11,00 €
- Expl. Ein Bauer erzählt, CD Stückpreis 10,00 €
- Expl. Schubkarrenrennen, Stückpreis 11,00 €
- Expl. Nehmt und Euch wird gegeben Stückpreis 27,40 €
- Expl. Der Wollmützenmann, Stückpreis 11,90 €
- Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, Stückpreis 9,50 €
- Expl. Verliebt Trecker fahren, Stückpreis 9,90 €
- Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag Stückpreis 3,- €
- Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) Stückpreis 3,50 €
- Expl. Wege aus der Hungerkrise Stückpreis 3,10 €
- Expl. Linda und Konsorten Stückpreis 14,90 €
- Expl. was für'n schöner Scheiß, CD Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS Mai 2012 ist am 17. April 2012.

Hof und Arbeit

● Großer Biohof in Vorpommern (300 ha), absolute Alleinlage, bietet Wohn-/Siedlungsmöglichkeiten. Landnutzung und Handwerk möglich. Flächen, Altgebäude, Bauplätze vorhanden. Für Details bitte melden: guterheinrich@aol.com oder ☎ 0171-7823135

● Technisch interessierter Betriebsleiter (m/w) (Meister oder Bachelor) für meinen 150 ha Biolandbetrieb mit Biogasanlage im Wendland gesucht. Adäquate Entlohnung und Dauerstellung werden geboten. Manfred Eberling OT Püggen 16, 29487 Luckau, ☎ 05844 1623.

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Krainer Steinschaf-Lämmer aus kleiner Milchschaferde zu verkaufen. Wendland, ☎ 0160-91719395

Sonstiges

● Suche Hackstriegel zwischen 5 und 7,5 Metern, vorzugsweise in Nordhessen, M. Nürnberger ☎ 06661-153714



GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT!

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Erkelenz, Kassel, Potsdam
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de



2 | 2012 März – April 7,50 €

LEBENDIGE ERDE

Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung, Kultur

**Jung & biodynamisch**

Baustelle Hofeinstieg

Was macht der Demeter-Nachwuchs?

Kosmische Ernährung durch die Sinne?

Versuch zur Präparatewirksamkeit

Das Heft für 7,50 € erscheint 6 mal/Jahr; Abo 43,- €/Jahr, Studenten 33,- €/Jahr; Kostenloses Probeheft: Verlag Lebendige Erde
im Demeter e.V., Brandschneise 1, D-64295 Darmstadt, Tel. 06155 8469-0, Fax 06155 8469-11, www.LebendigeErde.de

Konzern Kritik vor dem Aus!



Coordination gegen BAYER-Gefahren braucht 350 neue Fördermitglieder

Kostenlose Infos anfordern.
info2@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org

Stoffe: Luftverschmutzung, Chemiewaffen, Giftmüll, Loosbay, Kartellbetrug, Pestizide, Gen-Food, IG Farben, Wasserverschmutzung, Nanote...



Spenden an GLS-Bank 8016 533 000 BLZ 430 609 67

Veranstaltungen**“RAISING RESISTANCE”**

30. März bis 05. April 2012

Bundesweite Kino-Tour des Films mit anschließender Diskussion mit Politikern und Vertretern der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ über die Verantwortung Europas für den Anbau von gentechnisch-verändertem Soja in Südamerika. Mit dabei sind der paraguayische Kleinbauer und Hauptprotagonist des Films Gerónimo Arevalos zusammen mit den Regisseuren.

FRANKFURT a.M., 2. April, 19.15 Uhr im Kino Orfeo's Erben; SAARBRÜCKEN, 3. April, 20.30 Uhr im Filmhaus; ULM, 4. April, 19 Uhr in der Lichtburg; MÜNCHEN, 5. April, 18 Uhr im Monopol
www.raising-resistance.info

Melkroboter

10. April 2012, Herrieden

Infoveranstaltung des Bund Deutscher Milchviehhalter zu Verfahrenskosten verschiedener Melksysteme mit Fa. Gottwald, Westfalen
20.00 Uhr im Gasthaus Bergwirt in Herrieden, Kontakt: AbL Franken, Isabella Hirsch, ☎ 09852 1846, isabella.hirsch@gmx.de

BDM Milchbauerntag

11. April 2012, 19395 Karow

Stark am Markt: Wie schaffen wir es gemeinsam? Diskussion mit Till Backhaus, Minister Mecklenburg-Vorpommern; Marek Sawicki, Minister für Landwirtschaft und Dorfentwicklung der Republik Polen; Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter; Peter Guhl, Vorsitzender der MEG Milch Board; Kjartan Poulsen Milchviehhalter aus Dänemark und Vorstandsmitglied des Landsforeningen; Vertreter genossenschaftlicher Molkereien (angef.).

12.30 Uhr, RMV Vermarktungszentrum, Auktionshalle, Zarchliner Str. 7, 19395 Karow. Ansprechpartner: Christian Karp, BDM Landesteamleiter Mecklenburg-Vorpommern, ☎ 0172 9419335; Tobias Elnsner, ☎ 038852906317, t.elsner@bdm-verband.de

Veredelung von Obstbäumen

12. 04. 2012, Lauda-Königshofen

Okulieren, Kopulieren und Kronenveredelung mit Gartenbaulehrer Josef Weimer
Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

Landschafts- und Gartenhecke

13. 04. 2012, Lauda-Königshofen

Pflanzung einer Hecke, Nutzung und Ökologie mit Gartenbaulehrer Josef Weimer
Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

Die Slow Food Messe

12. bis 15. April 2012, Stuttgart

Mit dem Markt des guten Geschmacks
Messe Stuttgart (Flughafen), www.slow-food-messe.de

Bauer trifft Kiez

17. April 2012, Berlin

Veranstaltung zur Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik anlässlich des internationalen Aktionstages der Kleinbauern La Via Campesina. Themenschwerpunkt: Ackerboden im Ausverkauf mit Jörg Gerke, AbL; Jochen Fritz, Meine Landwirtschaft; Reinhild Benning, BUND, und BäuerInnen aus der Region. In Kooperation mit Markthalle IX, Projekt Umdenken, Slow Food, FIAN, Ton Steine Gärten.
19.30 bis 21 Uhr, Markthalle IX, Eisenbahnstr. 42/43, 10997 Berlin-Kreuzberg
www.meine-landwirtschaft.de/hofhalten/hoftermine.html

„Gekaufte Wahrheit“

20. April 2012, Bielefeld

Der Film deckt die Betrügereien bei der Risikoerforschung zur Grünen Gentechnik auf. Wissenschaftler, die sich nicht mit simulierter Forschung zufrieden geben, werden schlecht gemacht oder vollständig geleugnet. So steigt die Gefährdung auch unserer Bevölkerung ständig an. Im Anschluss an den Film gibt es ein Podium mit attac, BUND und slow food.
15.30 Uhr, Die Kamera, Feilenstraße 4, Bielefeld

Leben als Konstrukt und Ware?

20. bis 22. April 2012, Hofgeismar

Das Bioethische Symposium findet in Zusammenarbeit mit dem FB Philosophie der Uni Kassel, der Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft FEST und dem Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin VBIO statt.
Anmeldung zu Tagung Nr. 12071: Ev. Akademie Hofgeismar, ☎ 05671 881-0, Fax: -154, www.akademie-hofgeismar.de

Homöopathie für Nutztiere

21. April 2012, 01737 Tharandt

Tierheilpraktikerin Sabine Käppler gibt Einblick in die Grundlagen homöopathischer Behandlung sowie spezielle Tipps zu Verletzungen, Geburtskomplikationen, Koliken usw.

Umweltbildungshaus Johannishöhe, ☎ 035203-37181, Fax: -37936, www.johannishoe.de

„Mensch - Macht - Milch“

23. 04 bis 03. 05 2012, Oldenburg

Ausstellung im Foyer der Bibliothek der Carl von Ossietzky Universität (Uni-Zentralgebäude am Uhlhornsweg).

23. April Eröffnungsveranstaltung um 19.30 Uhr im Veranstaltungssaal der Bibliothek (BIS-Saal, gegenüber des Bibliothekseingangs) u.a. mit Regionalschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Matthias Brummer.

24. April, 19.30 Uhr, Marco Klemmt, Germanwatch: Die Folgen von Dumpingexporten der EU auf Bauern in Afrika.

28. April, 19.30 Uhr: Lesung aus dem Buch „Blutmilch - Wie die Bauern ums Überleben kämpfen“ mit dem Autor, Romuald Schaber (Vorsitzender des Bundes Deutscher Milchviehhalter)

Marktgespräch

Bauer hält Hof

26. April 2012, Konstanz

Traktorkonvoi, Kundgebung, Marktgespräch anlässlich der Agrarministerkonferenz. Bauernhöfe statt Agrarindustrie.

10-12 Uhr Traktorkonvoi, 12-13 Uhr Kundgebung, ab 13 Uhr Marktgespräch der Kampagne Bauer hält Hof: Jetzt Agrarpolitik neu gestalten, Aktion Agrarzukunft Baden-Württemberg: BDM, BUND, AbL, NABU, Bioland, demeter, Meine Landwirtschaft, etc.

Wiesen und Weiden-Aufbaukurs

27. bis 29. April 2012, Creglingen-Craintal

Grünlandwirtschaft und Futterkonservierung als Grundlage der Ziegen- und Schafhaltung mit Dr. Ulrich Jaudas, Dipl.ing.agr. u. Dozent für Tierwirte.

Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

Bienen und Biodiversität

28. und 29. 04, 01737 Tharandt

Mit relativ wenig Aufwand Bienen halten mit der Bienenkiste. Workshop mit dem Entwickler der Bienenkiste Erhard M. Klein, mellifera e.V.

Umweltbildungshaus Johannishöhe, ☎ 035203-37181, Fax: -37936, www.johannishoe.de

Gentechnik - auch im Bioladen?

01. Mai, 01737 Tharandt

Bioladner und Mitarbeiter sowie alle Interessierten erfahren Aktuelles zu Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelbranche. Umweltbildungshaus Johannishöhe, ☎ 035203-37181, Fax: -37936, www.johannishoe.de



Regionalgruppe Bayerisch Schwaben

Jahresmitgliederversammlung

Sonntag, den 1. April 2012

11.00 Uhr im Gasthof Kreuz, 89343 Blindheim

Schwerpunktt Themen:

- Agrarreform 2013 („Greening“, „aktiver Landwirt“)

- Arbeitszeitmodell der AbL

- Wahlen

mit J. Enzler (Bund Naturschutz)



Mitgliederversammlung der AbL Hessen

am 22.4. von 10-12.30 Uhr in Alsfeld,

Ab 13 Uhr Tagung zum Thema

„Bäuerliche Alternativen zum Eiweiß- mangel in Hessen und Europa“

- 13.00 Bericht des AbL Bundesvorstandes
- 13.30 Vortrag zu Leguminosen
- 14.00 Bericht aus Brüssel
- 14.30 Vortrag zu gentechnikfreien Futtermitteln
- 15.00 Statements und Diskussion
- 16.00 Ende

Ort: Gasthaus Schäferhof, Ziegenhainer Straße 30, 36304 Alsfeld-Eudorf
Kontakt: Hendrik Maas: 0160-8217015



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Osteide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neuandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel.: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha.Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel.: 09268-6667
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel.: 0341-2253789, mobil: 01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel.: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel.: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel.: 034465-21005; Frank Neumann, Tel.: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel.: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Steine sammeln

In diesem Text soll es um das Sammeln von Steinen gehen. Aber nicht um das verträumte Suchen von schönen Kieselsteinen am Strand. Und auch nicht um die Liebhaberei für Amethyste, Quarz- oder Rosmarinsteine mit jeweils besonderer tieferer Bedeutung. Nein, es geht um das ganz prosaische und mühevollere Sammeln von Feldsteinen vom Acker, um bei der späteren Ernte keine Schäden durch Steine im Mährescher oder im Kartoffelroder zu bekommen.

In jedem Frühjahr vollzieht sich dieses Sammeln auf vielen Tausenden von Äckern. Aber ganz im Gegensatz zum Pflügen, Grubbern, Säen, Hacken, Spritzen oder Ernten wird diese Tätigkeit nirgendwo erwähnt – weder in Lehrbüchern noch in Fachzeitschriften oder gar in Gedichten. Sie ist wohl ganz einfach zu schlicht. In der Tat: Man hängt einen Wagen mit runtergelassenen Seitenklappen hinter einen Trecker, fährt den Stückweise weiter, wenn man seitwärts die größeren Steine mit einer Steinforke oder auch per Hand abgesammelt und auf den Wagen geworfen hat. Und da kommt eine Menge an Steinen zusammen, vor allem bei den „steinreichen“ Bauern mit ihren Endmoränenböden der eiszeitlichen Gletscher oder mit den flachgründigen Mittelgebirgsböden. Man hat oft versucht, diese Arbeit zu mechanisieren, und es gibt auch große starke Maschinen zum flächendeckenden Säubern der Felder durch das Aussieben oder durch das Zertrümmern der Steine – aber deren Einsatz ist in aller Regel viel zu teuer. So bleibt nur das mühevollere Steine-Sammeln von Hand.

Schon im Alten Testament ist davon die Rede, unter „Prediger“ im 3. Kapitel: Nach dem Passus „Alles hat eine bestimmte Zeit, und jedes Vornehmen unter dem Himmel hat seine Zeit; Geboren-werden hat seine Zeit, und Sterben hat seine Zeit; Pflanzen hat seine Zeit und das Gepflanzte Ausreißen hat seine Zeit...“ heißt es da: „Steinewerfen hat seine Zeit, und Steinesammeln hat seine Zeit...“. Nun stammen die Feldsteine ja aber nicht vom Steinewerfen, auch wenn alte

Sagen böse Riesen aus grauen Vorzeiten dessen bezichtigten.

Nein, die Steine wachsen nach, auch nach vielen Generationen des Sammelns nimmt die Zahl kaum ab, kommen immer neue Steine aus dem Untergrund. Und das liegt nicht an der besonderen Wirkung der Erdrotations-Fliehkraft auf die Steine, und auch nicht an den Pflanzenwurzeln, wie man zuweilen hört. Und auch nicht hauptsächlich an der vertieften Pflugsohle. Nein, physikalisch beruht das Phänomen auf dem Frost. Die ZEIT hat es mal so beschrieben: Steine



Je nach Region sind die gesammelten Steine eckig oder rund, aus Basalt, Sandstein und Kalk. Diese liegen in der Nähe von Potsdam

leiten die Temperatur besser als der Boden. Wenn die Kälte in den Boden eindringt, dann geht sie durch die Steine besonders schnell nach unten. Unter dem Stein bildet sich so eine gefrorene Schicht. Und da sich das Wasser beim Gefrieren ausdehnt, hebt sich der Stein, weil der darüber liegende und noch nicht gefrorene Boden nachgibt. Mein Gott, so viel Physik für ganz normale Steine! Und viel Arbeit schaffende Physik noch dazu. Und so führt das Steine-Wachsen zu

vollen Anhängern und zu großen Feldstein-Haufen am Feldrand oder sonst wo. Hinzu kommt noch die Flut kleinerer Steine, die beim Kartoffelroder in den Steinbunker geleitet werden. Was aber wird aus den Steinen? Die Steine aus dem Kartoffelroder füllen die Schlaglöcher der Feldwege. Andere Steinhäufen werden nach zwei Jahren Existenz zu „Lesesteinhäufen“ im Sinne des Naturschutzes, als Refugium für wärmeliebende Reptilien, Insekten und Pflanzen. Wenn man Glück hat, kommt ein Steinhändler vorbei, kauft einem die Steine billig ab und verkauft sie sortiert

oder unsortiert an Bauherren für deren Mauern, Terrassen, Wege oder Kräuterspiralen. Ganz anders in früheren Zeiten. Da waren die Feldsteine und Findlinge ein begehrtes Baumaterial für gepflasterte Straßen, Befestigungsanlagen, für hochherrschaftliche und sakrale Bauten. Die Feldsteinkirchen und andere romanische Bauten zeugen noch heute davon. Die Kunst der handwerklichen Steinschläger, Steinbrecher oder Steinmetze geht auf die Römerzeit zurück. Nur die normale Bevölkerung hatte lange Zeit keinen Zugang zu diesen teuren Steinen und musste sich mit Lehmfachwerk begnügen, das leicht brennbar war. Erst der preußische Staat verordnete später nicht brennbare Ziegel oder Feldsteine als Baumaterial. Der wachsende Bedarf führte zu einem gewerblichen Sammeln von Feldsteinen. Zudem musste jeder Bauer bei der Fahrt in die Stadt zwei Feldsteine am Stadttor abwerfen.

Quasi als City-Maut. Leider hat der Beton uns Bauern diese Einkommensquelle kaputt gemacht. So nehmen uns jetzt keine gewerblichen Steinesammler mehr die Plackerei ab. Aber immerhin: der Gedanke, dass die Steine in den Gebäuden der romanischen Hochkultur Stück für Stück durch die Hände der Bauern gegangen sind – das kann einem das Steinesammeln vielleicht doch ein bisschen versüßen. Und vielleicht kommt ja mal eine Romanik-Renaissance... en

unabhängige bauernstimme: Lesersteine

04/2012

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

 Name, Vorname Name, Vorname

 Straße Straße

 PLZ, Ort PLZ, Ort

 evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

 Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221